

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

19 (23.1.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 S., Samstags 15 S. — Anzeigen: die einpaltige Solonzeile 20 S.,
auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ansgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von G. C. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Annahme der Billigungsformel

Das Kabinett Luther mit 246 gegen 160 Stimmen gebildet — Der sozialdemokratische Redner Müller-Franken behandelt die schwachen Stellen des Kabinetts

Der Reichstag hat gestern über die Mißtrauensnoten der Sozialdemokraten und Kommunisten und die Billigungsformel des rechtsgerichteten Bürgerblocks abgestimmt. Die Billigungsformel wurde mit 246 gegen 160 Stimmen angenommen und ist das Kabinett Luther parlamentarisch vorläufig als gebildet zu betrachten. Dr. Luther kann diesmal sagen: Hier stehe ich, wer weiß wie lange! Die schwachen Punkte der Position seines Kabinetts wurden von dem sozialdemokratischen Sprecher der zweiten Rednerreihe Gen. Hermann Müller-Franken mit Geschick und Wit behandelt und das unverblühte Mißtrauen unserer Partei diesem Kabinett gegenüber nochmals in aller Form ausgesprochen. Er warnte mit dem Zentrum eindrucksvoll vor einer Verbindung mit dieser Regierung gegen die der früheren Reichskanzler Dr. Wirth mit noch einigen anderen Zentrumsabgeordneten ostentativ durch Abgabe roter Klein-Karten protestierte. Die Demokraten konnten sich leider zu diesem „Nein“ nicht aufschwingen und enthielten sich der Abstimmung. Abgesehen von dieser Taktik scheint die Erwägung zu sein, daß bei einer offenen demokratischen Mißtrauenserklärung Gessler und Brauns aus dem Kabinett auscheiden und dadurch eine neue Regierungskrisis herbeigeführt wird, deren Lösung nicht abzusehen ist. Lediglich die Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gegen die Billigungsformel und kündigten der Regierung die Fehde an.

Die Aussprache wurde damit geschlossen. Sie hat ergeben, daß durch die Diffenive der Bourgeoisie der Klassenkampf in verschärfter Form entbrannt ist. Schon wittern die Schwarz-Weiß-Roten Morgenluft. Es ist Sache des Volkes, sich zu entscheiden, ob es dieser Gesellschaft Gefolgshaft leisten will oder nicht.

Sitzungsbericht des Reichstages

Berlin, 22. Jan. Die Besprechung der Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Reichskanzler wollte mit seinen gestrigen Ausführungen die frühere Versicherung unterstreichen, daß er kein Kampfkabinett gegen links bilden wolle. Wie ist damit die Rede des Abg. Westarp in Einklang zu bringen? Diese Rede des Vertreters der größten Regierungspartei war eine klare Kampfanzeige gegen die Sozialdemokratie. Dessen ungeachtet sind wir bereit, auf einer ganzen Reihe von Gebieten praktische Mitarbeit zu leisten. — Der Redner geht dann auf den Etat ein und merkt sich dabei, daß durch die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung das Budgetrecht des Reichstages eingeschränkt wird. Durch ein schleimigst vorzulegendes Ausführungsgebot müßte der weitgehenden Anwendung dieses Artikels ein Riegel vorgeschoben werden. Der Eintritt in den Völkerverbund muß bald vollzogen werden. Auch uns gefällt der jetzige Völkerverbund nicht, aber die deutschen Interessen können, wenn wir Mitglied sind, besser vertreten werden, vor allem auch die Interessen der deutschen Minderheiten im Ausland und die Interessen des Saarlandes. Der Reichskanzler hat sich in der Außenpolitik zum Gedanken der Verständigung bekannt. Wie will er ihn aber mit den Deutschen durchführen, deren Wortführer bei jeder Gelegenheit den Revanchetrip predigen? Wir können uns mit diesem Redner nicht auf den gleichen Boden stellen, sonst müßten wir ja auch mit Prof. Nothe zusammenschließen, dem einfühligen Schwärzer, der in Deutschland herumläuft. Breitscheid hat über den kindischen Anflug der Zeitfreiwilligen nichts gesagt, was nicht schon bekannt gewesen wäre oder was den deutschen Interessen abträglich sein könnte. Was die Finanzstandale anlangt, so verlangen wir

Strengste Untersuchung ohne Rücksicht auf Partei- oder Familienzugehörigkeit der Beteiligten.

Sie muß sich auch darauf erstrecken, daß die Kreuzzug-Zentral-Gesellschafts-Kasse einem landwirtschaftlichen Kreditinstitut eine Million Kredit gewährt hat, der nicht kreditbedürftigen Landwirten, sondern dem Hotel „Russischer Hof“ zugeführt wurde. Die Beamten, die bei diesen Finanzskandalen kompromittiert sind, gehören durchweg den Rechtsparteien an. Wegen die Kreditgewährung der Reichspost an Barmat haben die Sozialdemokraten im Verwaltungsausschuß der Post protestiert. Ihr Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist aber von dem Abgeordneten Braun und anderen Deutschen Nationalen zu Fall gebracht worden (Hört! Hört!).

Der Redner verbreitet sich dann über die Korruptionsfälle im alten Regime und erinnert daran, daß solche Korruptionen Folgeerscheinungen der Krise sind und daß es solche Korruptionen auch nach dem Krieg von 1870 gegeben hat. Auch damals haben sich die angesehenen Parlamentarier vor Verleumdungen nicht retten können und öffentlich erklären müssen, daß sie

keine Bestechungen angenommen hätten. Wie sich Bismarck über die Verleumdungskampagne der „Kreuzzeitung“ ausgelassen hat, über deren Giftmischerlei er sich aufs höchste entrüstete, ist bekannt. Und hat nicht Fürst Bismarck wiederum die Mittel des Welfenfonds benutzt, um den Schwiegervater des Herrn von Wötthrich zu jeneren? Wir sind bereit, jeder Maßnahme zuzustimmen, die eine strenge Scheidung zwischen parlamentarischer und geschäftlicher Tätigkeit bezweckt. Man wird diese Trennung dann allerdings auch auf die Schuldigen erstrecken müssen. In meiner Fraktion befindet sich kein Aufsichtsratsmitglied. Abg. Hennings (N.S.) ruft: „Sie selbst sind es doch!“ Ich stelle fest, daß ich niemals in meinem Leben einem Aufsichtsrat angehört habe. Danach ist der Wert des vom Abg. v. Gräfe angeführten Materials zu bemessen. Wir haben das „Material“ der Herren Hennings und v. Gräfe in keiner Weise zu scheuen.

Barmat hat dafür gesorgt, daß im September 1919 Lebensmittel von Holland nach Deutschland gelangen konnten. Ihn wird vorgeworfen, daß er Schilde sei. Wenn die Deutschen Nationalen mit keiner Partei, die von Ostbuden subventioniert ist, Beziehungen haben wollten, würden sie keine Koalition in diesem Hause zusammenbringen. Barmat soll auch ein Schieber sein. Ich darf daran erinnern, daß Prinz Eitel Friedrich jetztzeit zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, weil er im Flugzeug Javelin über die Grenze geschickt hat. Schon 1922 mußten die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ ihre damals aufgestellten verleumderischen Behauptungen über nicht einwandfreie sozialdemokratische Geschäftsverbindungen mit Barmat auf eine Klage des Herrn Barmat hin als unzutreffend zurücknehmen. Die „Kreuzzeitung“ nahm ihre Beschuldigungen, wie das bei diesem Blatt üblich ist, sofort zurück. Die „Deutsche Tageszeitung“ ließ die Sache bis zum Schöffengericht kommen, war aber dann bereit, mit Herrn Barmat einen Vergleich zu schließen, und der verantwortliche Innenredakteur Adersmann dachte gar nicht daran, die Beschuldigungen gegen Barmat, die das Blatt aus einer holländischen Zeitung übernommen hatte, irgendwie zu beweisen. Die Behauptung, die Barmats sollten auch zur sächsischen Regierung Beziehung gehabt haben, habe sich gleichfalls als unrichtig erwiesen.

Keiner der Barmats ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Weder der Sozialdemokratische Parteileiter noch der „Vorwärts“ noch die sozialdemokratische Parteileitung haben einen Flecken Gelb von Barmat erhalten.

(Fortgesetzt) Barmat rechts. Die Sozialdemokratische Partei hat auch kein Bankkonto bei irgend einer Barmatbank. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Das haben sie ja auch nicht nötig!) Allerdings, wir haben das nicht nötig und brauchen nicht so zu schamieren wie der Herr Abg. Hennings beim Vordirektor von Vorkum. (Hört! Hört! links und große Heiterkeit.) Diese Korruptionserscheinungen sind wahrhaftig keine Folge der Revolution, sondern die Folge der Zwangsverhältnisse vom ersten Kriegsjahre ab. Ich könnte zum Beweis für diese Tatsache Ausführungen der Abg. Lambach und Dr. Heim aus dem Jahre 1917 anführen, in denen s. B. Dr. Heim die damaligen Korruptionsverhältnisse in der Industrie aufs schärfste gebremst hat. (Sehr richtig! links.) Herr v. Gräfe hätte gute Gründe, daß er kein Material gestern nicht ausgepackt hat. Das Material besteht nämlich nur aus längst widerlegten Zeitungsnotizen, die gesammelt in einer Broschüre als Gift ins Volk gesprüht werden sollen.

Die Nationalsozialisten hätten genug zu tun mit den Korruptionsfällen in ihren eigenen Reihen.

(Sehr richtig! links.) Der Abg. Gräfe aber hat sich gestern darin gefallen, mit unbewiesenen Verdächtigungen und Verleumdungen zu arbeiten und sich hier als Redner mit dem Innozenzen Revolver zu etablieren, wobei er eine Rolle spielte, die höchstens, wie mir ein alter Parlamentarier versichert, verglichen werden kann mit dem feinerzeitigen Auftreten des Herrn Ahlwardt. (Sehr richtig! und Zustimmung links.) Die Nationalsozialisten sollen nun vor ihrer eigenen Tür stehen. Ich habe hier eine Broschüre der Bayerischen Volkspartei, in der mitgeteilt wird, daß der Herr Abg. Gottfried Feder von den Nationalsozialisten Setzgelage mit jüdischen Frauen in Verleumdungen schuldig befunden wurde. (Heiterkeit links, Widerspruch und Unruhe rechts.)

Was nun die gestrigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers und die darin berührten politischen Probleme anlangt, so möchte ich zunächst feststellen, daß Herr Dr. Scholz bestreitet, daß es sich um ein Bürgerblock-Kabinett handelt. Er mag infanter Recht haben, als die Demokraten nicht mit dabei sind. Das Zentrum ist mit den Rechten drinnen, mit dem Kopf aber draußen, und sein Herz ist auch nicht dabei. (Große Heiterkeit.) Wir scheitern aber, daß es nötig ist, dem deutschen Volke vom ersten Tage an zu sagen, daß dieses Kabinett Luther ein Rechtskabinett ist. (Lebhafte Zustimmung links.)

Und zu diesem Reichskabinett stehen wir in schärfster Opposition.

Es mühte ja recht eigenartig berühren, daß das Kabinett sogar schon die Frage der Staatsform zum Gegenstand eines Beschlusses machen konnte. (Lebhafte Zustimmung links.) Da muß man sich doch fragen: Ist dieser Beschluß vor oder nach der Vereidigung der Minister erfolgt, und wie oft sollen sich solche fernrätigen Urhebungen des Kabinetts wiederholen? Wird vielleicht Herr Minister Neubaus in vierzehn Tagen oder drei Wochen erneut diese Frage auf Tapet bringen? (Große Heiterkeit links.) Sie sehen, unser schärfstes Mißtrauen gegen dieses Kabinett ist begründet.

Wir sehen den Tag herbei und werden dafür arbeiten, daß dieses Kabinett wieder verschwindet. Aber vorläufig können wir dieser ausgesprochenen Rechtsregierung nur unseren schärfsten Kampf ansagen.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wehrens (D.N.) weist die Behauptung zurück, daß von evangelischen Geistlichen in der Kirche politische Agitation getrieben wird. Die Sozialdemokratie steht der Regierungserklärung ziemlich ratlos gegenüber, weil sie nichts dagegen einwenden kann, wenn sie im Hintergrund böse Pläne, gegen die sie nun zum Kampf aufrufen. Die neue Regierung verfügt über eine feste Mehrheit. Sie rückt sich zwar nicht auf eine feste parlamentarische Koalition, aber das ist vielleicht ihre Stärke. In den christlichen Gewerkschaften arbeiten wir mit den Zentrumsvertretern so gut zusammen, daß wir auch auf eine politische Zusammenarbeit in der neuen Regierung rechnen. Wir vertreten den Gedanken der Volksgemeinschaft und möchten ihn auf alle Volksgenossen ausdehnen. Uns steht die christliche Fiktion so hoch, daß wir mit ihren Gegnern nicht dauernd in Gemeinshaft arbeiten können (Weiß! rechts). Wir würden es aufs tiefste beklagen, wenn der konfessionelle Zwiespalt erneuert und ein Kulturkampf gepredigt werden sollte. Wir haben empört dagegen protestiert, als in einer sozialdemokratischen Kundgebung in München ein katholischer Katechismus wegen des Kapitels „Von der unbefleckten Empfängnis“ auf die Spitze der Schulliteratur gesetzt war. (Hört, hört rechts und im Zentrum.) Die Sozialdemokratie hat kein Recht, sich als Vertreter der Arbeiterklasse zu bezeichnen. Unsere Anträge beweisen, daß wir einen gesunden Ausbau der Sozialpolitik wollen. Wir stimmen auch der Umwandlung der Zweifelhundenschaft in die Dreifelhundenschaft auf den Kolereien zu. Das Einbringen unerfüllbarer Anträge ist allerdings sozialdemokratische Schamlosigkeit, die wir wie bisher den Herren von links überlassen. Die Regierung Stresemann, der auch die Sozialdemokraten angehört, hat die Grundlage für die Arbeitszeiterordnung geschaffen, die den allgemeinen Achtstundentag beseitigte. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Miße in der Mitte; Wehrens hat Recht.)

Abg. von Kardorff (D.Vp.) bestritt entschieden, daß die Deutsche Volkspartei die letzte Regierungstrafe verschuldet habe. Er wirt dem Abg. Koch-Weser (D.) vor, daß er die Schuld daran trage, daß es zu keiner aktionsfähigen Regierung gekommen sei. Der Redner tritt für den konfessionellen Frieden, besonders in Preußen, ein. Die Politik schreie nicht auf die Kasse und der Reichstag sei kein evangelischer Oberkirchenrat. Gewisse Entschleunungen seien aber nicht zu vermeiden; das wissen doch besonders die Parlamentarier. Diese ganzen Dinge seien doch nur an den Saaren herbeigetragen. Deshalb hätte Herr Koch lieber davon schweigen sollen (Zustimmung rechts). Man könne es den Anhängern der evangelischen Kirche nicht verdenken, wenn sie sich nicht so schnell auf die neuen Verhältnisse einstellen könnten (Lärm links). Auch der Abg. Koch habe doch manche begeisterte Kaiser Geburtstagsrede gehalten (Große Heiterkeit).

Der Redner bedauert dann die Ausführungen des Abg. Dr. Breitscheid zur Entwaflnungsfrage. In welche Lage werde ein deutscher Außenminister versetzt, wenn er sich vom Ausland müße sagen lassen, daß in seinem eigenen Parlament diese Dinge als wahr unterstellt werden (Stürmische Zustimmung rechts, Lärm bei den Sozialdemokraten). Der Redner stellt fest, daß auch verschiedene internationalisierte Gerichte der Überzeugung sind, daß die Entwaflnung Deutschlands notwendig ist. Jetzt handle es sich nicht um die Frage Republik oder Monarchie, sondern um die Frage Republik oder Chaos. Den Barmat-Standal sollte man vor seiner völligen Aufklärung nicht politisch ausschlagen. Zu beanstandeten ist nur die Vergabe von Millionenkrediten an zweifelhafte Unternehmungen, während fest hunderte solche Unternehmungen sich nach Krediten von 5000—7000 M. die Haden ablaufen müßten. Wir werden die jüngsten Finanzskandale gründlich untersuchen müssen. Wir werden prüfen müssen, wie die Kredite gegeben wurden, ob Beamtenbestechungen vorgekommen sind, wir werden aber auch gründlich prüfen müssen, ob parlamentarische Einflüsse dabei mitgewirkt haben (Lebhafte Zustimmung.) Dabei müssen und werden die Parteien rücksichtslos diejenigen ausmerzen, die sich kompromittiert haben (Allgemeine Zustimmung). Auch die Demokraten werden genug Punkte finden, in denen sie die Regierung unterstützen müssen. Wir sollten aber in allen Parteien zu der Selbstdisziplin kommen, die erst eine gute parlamentarische Arbeit ermöglicht. Des deutschen Reiches Würde ist in eure Hand gegeben, behaltet sie!

Abg. Schaefer (Komm.) verlangt Amnestie für die politischen Gefangenen. Alle Parteien seien bemüht, den Barmat-Standal zu vertuschen, auch die Deutschen Nationalen mit Rüd.

sch auf Eugenberg. Die Regierung Luther sei durch die Schuld der Sozialdemokratie auf den Boden gekommen. Sie könne nicht die Führung in den kommenden Kämpfen der Arbeiterschaft gegen diese Regierung übernehmen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) weist die Angriffe des Abg. v. Karhoff auf die Demokratie zurück. Die Kritik des Abg. Dr. Haas an den Vorurteilen unter dem alten System war durchaus berechtigt. Dr. Stresemann hat 1918 weit schärfere Kritik geübt. Zunächst war es die Deutsche Volkspartei, die die Krise heraufbeschwor, nachdem Dr. Stresemann kaum die Krise gestillt gebildet hatte. Die Volkspartei im Bunde waren unruhig geworden, weil sie von ihrer Parteileitung dauernd getrennt waren, weil es in der Wahlsituation hieß: „Von roten Ketten macht Euch frei allein die Deutsche Volkspartei!“ Auch die zweite Kritik ist von der Deutschen Volkspartei verfaßt. Es ist kein Geheimnis, daß Dr. Gessler in der letzten Zeit häufig anderer Meinung war als unsere Fraktion. Das letzte Kabinett Marx hat die deutsche Volkspartei gestützt, ohne zu wissen, ob und wie ein anderes Kabinett zustande käme. (Unruhe bei der Deutschen Volkspartei.) Die Demokraten haben keine Sehnsucht gehabt, in ein neues Kabinett einzutreten. Vielmehr werden die Deutschnationalen in den nächsten Wochen von uns lernen können, wie man sachliche und objektive Opposition macht. Die bisher von den Deutschnationalen getriebene Opposition war keine sachliche und keine nationale. (Sehr wahr links.) Der Reichstagsler will die Außenpolitik des Kabinetts Marx fortsetzen. Das ist auch die Außenpolitik des Kabinetts Bismarck und Rathenau. Die Sozialdemokraten haben diese Außenpolitik unterstützt. Die Deutschnationalen haben sie in schärfster Weise bekämpft. Nun halt man die Hände dieser Politik in die Regierung und stellt die Freunde zurück. Wenn wir die Staatsautorität hängen wollen, kann kann das nur durch Neuwahlen geschehen. Die Ernennung von Dr. Neuhaus wird von den Republikanern aller Fraktionen als eine ganz schwere Provokation betrachtet. (Beifall links.) Die Deutschnationalen haben immer Forderungen für die Ministerposten verlangt. Seit der Revolution haben wir aber keinen Innenminister gehabt, der weniger sachliche Vorbildung mitbrachte, als Herr Schiele. Die Deutschnationalen haben immer die Republik bekämpft. Sie haben vor dem Kapp-Putsch ihre Verbrennung gemacht, der deutschnationale Vizepräsident weigert sich, dem Reichspräsidenten seinen Besuch zu machen. Die Deutschnationalen haben auch das Magdeburger Urteil begrüßt, das die Ehre des Reichspräsidenten nicht herabsetzen kann, wohl aber das Ansehen der deutschen Justiz. (Abg. Schulz-Bromberg: (D. N.): Inerhödet, daß ein Jurist so etwas sagt!) Es ist durchaus falsch, wenn man die republikanische Staatsform für die Korruptionssfälle der letzten Zeit verantwortlich machen will. Dr. Stresemann hat einmal mit Recht festgestellt, daß das System der ersten Kriegsjahre das Schiebertum und Kriegsgewinnertum erzeugt hat. Wir leiden aber auch unter einer Korruption der öffentlichen Meinung, die sich in einer schamlosen Nachachtung der Ehre anderer äußert. So hat Spengler in seinem Werk „Untergang des Abendlandes“ die schwersten Vorwürfe gegen die führenden Männer der Republik erhoben, aber meine Aufzählung, Namen zu nennen, nicht beanstandet. Ist ein solches Vorgehen nicht schamlos? (Beifall Zustimmung.)

Wenn man sich bei den deutschnationalen Journalisten nachlesen will, so wird man Reichspräsidenten Mißbrauch seines Amtes zum Zweck der Vereinerlichung vor, ohne daß er auch nur die Spur eines Beweises dafür gehabt hätte. Kumpelstücken wurde deswegen öffentlich als Schurke bezeichnet; er und die deutschnationale Presse haben darauf geschwiegen. (Hört, hört, links.) Die Deutschnationalen haben die Organisation „Genuß“ verteidigt, aus deren Reihen die Erberger- und Rathenau-Mörder hervorgingen. (Abg. v. Gräfe (N.S.): Sie haben das Reichsbanne!) Herr v. Gräfe, wir sind beide alte Soldaten, die sich nicht ungeehrt beschimpfen und maßregeln lassen. Da müssen Sie es verstehen, wenn die Republikaner, leider viel zu spät, sich zur Abwehr zusammenschlossen gegen die rechtsradikalen Organisationen die eine Gefahr für Republik und Republikaner geworden war. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir können der Regierung das Vertrauen nicht aussprechen. Wie wir das Mißtrauen formulieren, wird die Zustimmung nachher zeigen. Die Zugehörigkeit des Reichswehrministers Dr. Gessler zu diesem Kabinett kann eine Brücke zwischen der Demokratie und dem Kabinett nicht schlagen. Das Kabinett wird unsere Unterstützung auf dem Gebiet der Außenpolitik haben, wenn es die bisherige Linie der Außenpolitik einhält. Wir erwarten, daß das Kabinett sich energisch für die republikanische Staatsform einsetzt. Die Festigung der republikanischen Staatsform ist die Voraussetzung des deutschen Fortschritts im Ausland und die Voraussetzung jeder Ordnung im Innern. (Beifall links.)

Abg. Dampf (Wirtschaftl. Vereinig.) spricht die Erwartung aus, daß der Innenminister Schiele für die niederländischen Wünsche mehr Verständnis zeigen werde, als sein vorjähriger Kollege Eberling. Der föderale Gedanke müsse endlich Eingang in die Verfassung finden. Wir fordern die Aufhebung der Bannungsverordnungen. An der Aufwertungsfrage darf die Aufwertung der Hypotheken nur den Anfang bilden. Der Redner erwartet von der neuen Regierung eine tatkräftige Förderung des Mittelstandes und macht darauf die weitere Stellung seiner Freunde zum Kabinett abhängig. Jetzt werde seine Fraktion für den Billigungsantrag stimmen. (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)

Abg. Graf Reventlow (N.S.) protestiert dagegen, daß die heute von dänischer Seite herausgegebene Proklamation zur Barmat-Affäre auf Grund des Republikangebots beschlaggenommen worden ist. Der betrügerische Bankrott habe niemals der öffentlichen Partei und Bewegung angehört. Der Redner kritisiert dann die Damesgesehe und bedauert, daß die neue Regierung die bisherige Außenpolitik fortsetzen wolle. Die deutsche Reichsbank sei eigentlich nur noch eine Fiktion der Morogebank. Die Hoffnungen auf Herriot hätten sich nicht erfüllt. Für die Verögerung der Klärung der Kölner Zone würde man sicherlich immer neue Vorwände finden. Der Redner verlangt, daß die schon veröffentlichte Kriegsschuldnote endlich abgehandelt werde. Er protestiert dagegen, daß der Zionistenführer Weizmann wie der Vertreter einer Großbank aufgenommen worden sei und äußert sein Entsetzen darüber, daß der katholische und evangelische Kirchenrat nicht Einspruch dagegen erhoben haben, daß die heiligen Skripturen in Palästina jetzt wieder in jüdische Hände geraten. Die deutsche Regierung sei verpflichtet, Danks als unerlöstes deutsches Gebet gegen die polnischen Liebergriffe zu unterbringen. Damit schließt die Aussprache.

Abg. Mühsel (Dem.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, der Reichstagsler habe gestern bei der Verlesung des Briefes, den er als Handelsminister an seinen damaligen Ministerialdirektor Dr. Neuhaus gerichtet habe, eine Stelle aus dem Zusammenhang gerissen und damit falsche Schlüsse hergeleitet. Dr. Neuhaus habe bald nach Annahme der Weimarer Verfassung in einem Schreiben erklärt, er wisse es mit seinem Gewissen und Gewissen nicht vereinbaren, einen Treueeid der Republik zu leisten, nachdem er früher unter Anrufung Gottes dem König seinen Eid geleistet habe. Er stelle dann die Frage, ob er in diesem Moment aus dem Amte scheiden könne. Damals hätten wir wichtige handelspolitische Verhandlungen, für die die Arbeit von Dr. Neuhaus unerlässlich war. Darum habe ich mit Zustimmung des Gesamtkabinetts in seine Weiterbeschäftigung unter Entbindung von der Eideleistung gewilligt; es stand aber

selbstverständlich fest, daß eine dauernde Beschäftigung ausgeschlossen war. Ich weiß nicht, wie der Reichstagsler auf mein damaliges Verhalten eingewirkt hat. Betrachte er die heutige Ministerstellung des Dr. Neuhaus vielleicht auch nur als eine vorübergehende Weiterbeschäftigung? (Beifall.)

Abg. v. Karhoff (D.N.) weist unter Berufung einer Stelle seiner Rede den Vorwurf der Demagogie zurück. Er habe nur darauf hingewiesen, daß Dr. Haas vor dem Kriege als Oberbürgermeister ein Kaiser-Buch ausgedruckt habe.

Abg. Dr. Koch-Weser (Dem.) erwidert, er habe schon als 25jähriger Bürgermeister sich für die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie eingesetzt. Er sei auch für das gleiche Wahlrecht eingetreten, als Herr von Karhoff zwischen Deutschnationalen und Volkspartei hin und her schwankte.

Abg. Bruhn (D.Nat.) verliest seine Rede aus dem Protokoll einer Sitzung des Reichspostverwaltungsrats, um damit zu zeigen, daß er in aller schärfster Form die Kreditgewährung an Barmat und Michael verurteilt habe, während die Sozialdemokraten Steinloß und Schumann geschwiegen hätten.

Abg. Dr. Körner (D.Nat.) erklärt, er habe allerdings in einer Verwaltungsabteilung gearbeitet, man solle die Volkspartei nicht durch solchen Klatsch schädigen. Das habe er freilich nicht für möglich gehalten, daß ein Minister so gewissenlos bei der Kreditgewährung verfahren könnte.

Abg. Steinloß (Soz.) bekräftigt, daß er in der von ihm Bruhn erwähnten Sitzung geschwiegen habe. Er habe vielmehr mehrfach gesprochen. In der letzten Sitzung habe er sogar die Einleitung eines Untersuchungsausschusses gefordert und Richtlinien für die Kreditgewährung verlangt. Das sei an dem Widerspruch der Deutschnationalen gescheitert.

Abg. Schumann (Soz.) bezeichnet die Darstellung des Abg. Bruhn als falsch. Er (Schumann) habe es lediglich als selbstverständlich bezeichnet, daß die Postverwaltung Michael einen Kredit gebe, weil Michael ihr in der schwersten Zeit mit Kredit beigeprungen sei. Er habe aber keineswegs die Höhe der Michael'schen Zinsen gebilligt und auch er habe Richtlinien für die Kreditgewährung verlangt.

Es folgte nun die namentliche Abstimmung über den Billigungsantrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei: „Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichsregierers.“

Abgegeben wurden insgesamt 445 Stimmen, davon 246 Stimmen für, 160 dagegen bei 39 Stimmenthaltenen. — Die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten geschloffen mit Nein. Die Demokraten waren durch Abgabe blauer Karten Stimmenthaltung, ebenso die Nationalsozialisten. Die meisten Zentrumsabgeordneten stimmten mit Ja, Dr. Witt und einige andere mit Nein. Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des Billigungsantrags mit 246 gegen 160 Stimmen bei 39 Enthaltungen.

Ohne Debatte werden dann in der 1. und 2. Beratung das deutsch-polnische Abkommen über Optionsfragen und die Novelle zum Handelssechsbuch angenommen, in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf über die Aenderung des Gebietes der Zollausflüsse in Seehäfen.

Gegen 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag nachmittag 1 Uhr: Kleinere Vorlesungen.

Der Ministerrat des Reichstags hat sich mit der der Beschwörung des kommunistischen Abgeordneten Schwarz-Berlin über den gestrigen vom Vizepräsidenten Dr. Rieber gegen ihn verhängten Ausschluß aus dem Reichstag für acht Tage beschäftigt. Dabei stellten sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten auf den Standpunkt, daß das Verfahren des Vizepräsidenten akzeptiert sei.

Dr. Luther und Schiele vor dem Reichsrat

Der erste verfehlte Regierungsakt der neuen Minister Berlin, 23. Jan. (Eigener Fundbüro.) Am Donnerstag hat sich der Reichstagsler Dr. Luther und der Reichsinnenminister Schiele dem Reichsrat vorgestellt. Der deutschnationale Monarchist Schiele, der als Reichsinnenminister den Vorstoß im Reichsrat führt, erklärte in einer Begrüßungsansprache u. a. folgendes: „Die Kräfte, die einst das Reich geschaffen, sollen im Eigenleben der Länder geküßt und gestärkt werden. Es ist dankbar zu begrüßen, daß eine Anregung seitens der bayerischen Regierung nach dieser Richtung hin vorzuzusetzen abzugeben worden ist und in dieser Hinsicht ist darauf hinzuwirken, daß der Reichsrat sich als selbständiger Organismus des Reiches, der die Kräfte, die das Reich geschaffen haben, möglichst geküßt werden sollen. Ich hoffe, daß unsere Verhandlungen, die von diesem einheitlichen Gedanken getragen werden, der am letzten Ende der rechte und vaterländische ist, zu einem guten Ende geführt werden.“

Die vorerwähnte Denkschrift der bayerischen Regierung, die am 4. Januar 1924 der Reichsregierung übergeben wurde, ohne daß die bayerische Volksvertretung von dem Inhalt derselben unterrichtet war, betrieft bekanntlich die Reichsgrundlagen der Weimarer Verfassung. Sie bezeichnet das Verfassungswort von Weimar als verfehlt und behauptet, daß die Weimarer Verfassung nicht dem wirklichen Volkswillen entspreche. Sie stipuliert in den Schrei nach dem „ausgesprochenen Reicheshaue“. Kein Wunder, daß der Reichsinnenminister Schiele, als Monarchist, diese bayerische Denkschrift vor dem Reichsrat dankbar begrüßt. Die Angelegenheit dieser Stellungnahme des Reichsinnenministers wird der „Korrespondenz“ die Frage auf: „Das Reichsministerium hat in einstimmiger Beschluß gefaßt, daß die Staatsform nicht geändert werden soll. Hat es auch Beschluß gefaßt über Verfassungsfragen, die dem Reichsinnenminister das Recht geben, vor dem Reichsrat die bayerische Denkschrift zu beurteilen? Wie lauten diese Beschlüsse?“

Zentrum und Volkspartei

Berlin, 23. Jan. (Eig. Fundbüro.) Die „Germania“ faßt heute morgen in einem Artikel „Ein Nachwort“ noch einmal alles zusammen, was vom Zentrum aus seinen Erfahrungen der letzten Monate sich ergeben ist. Das Wort unterzeichnet noch einmal nachdrücklich die Verantwortung, die auf der Deutschen Volkspartei ruht für die Krisenentwicklung seit dem Mai vorigen Jahres. Die Kabinett-Sprengungen, die sie im letzten Jahre vorgenommen haben, waren sachlich niemals berechtigt und bedeuteten jedesmal eine Gefahr für das ganze Reich. Die Deutsche Volkspartei hat auch niemals sachliche Gründe und Feld führen können. Bei den Wahlen hatte sie in ungebührlicher Weise mit den Deutschnationalen Abmachungen getroffen, deren Innehaltung für sie aus zwingenden politischen Gründen unmöglich war.“ Das Wort begründet im übrigen, daß die Politik der deutschen Volkspartei gegenüber den Deutschnationalen auf die Dauer von Erfolg sein wird. Die politischen Verpflichtungen gegenüber dem Staat sind für die Deutschnatio-

nalen ganz andere, geradezu gegenfällige, wenn sie in der Regierung sind und wenn sie außerhalb derselben stehen. Sie scheuen sich gar nicht, ihre doppelte Moral in dieser Beziehung zu vertreten, und darum ist auch gar nicht gesagt, daß eine vorübergehende Vermittlung der Deutschnationalen an der Regierung der Stärke dieser Partei notwendig Abbruch tun muß, selbst wenn ihr die widerprüchlichsten Verhalten nachgewiesen werden kann. Wir glauben nicht an eine anhaltende Beförderung der Deutschnationalen, aber wir hoffen auf eine baldige Einlösung der Deutschen Volkspartei, deren Pflichtgefühl zu stärken wir uns in der kommenden Zeit mehr angelegen sein lassen werden.“

Schärfster Kampf dem Reichstags

Der „Vorwärts“ kündigt für den 27. Januar eine Kundgebung im Berliner Sportpalast gegen den Reichstags an, in der u. a. Reichstagspräsident Lobe, Christien, Breitfeld, Müller-Franke und Scheidemann das Wort ergreifen werden.

Heute Abstimmung im preussischen Landtag

Berlin, 22. Jan. Der Vizepräsident des Preussischen Landtags bestimmte, daß am Freitag die Abstimmungen über die Vertrauens- bzw. Mißtrauensanträge gegen die Regierung stattfinden sollen. Außerdem sollen die Anträge über den Bau einer Eisenbahn, über die Reform des höheren Schulwesens, sowie den kommunikativen Anmeldeantrag verhandelt werden. Darauf wird sich das Haus bis 3. Februar vertagen.

Kriegsgerichts-Urteile gegen deutsche Offiziere

Brüssel, 23. Jan. Nach einer Meldung der Agence Belge aus Kamerun verurteilte das dortige Kriegsgericht einen Helmbreit Müller zum Tode, der am 22. August 1914 bei Maroches-Dames einen Arbeiter vorfälliger geißelt haben soll. Oberst Hülsen und Hauptmann Leppin wurden zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Oberst Hülsen unter der Auflage, er habe 19 bewohnte Häuser in Brand gesteckt, Hauptmann Leppin unter der Beschuldigung, durch eine angeblich von ihm befohlene Feuerbrunst sei Franzos bei Coubin getötet worden. Schließlich verurteilte das Kriegsgericht in Brügge den Major Frig Freilich von der 8. Res.-Komp. eines Inf.-Regts. zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, weil er am 20. Oktober 1914 die Wiederbelebung der Einwohner der Gemeinde Werghen (?) befohlen haben soll.

Herriot verteidigt sich

Im Verlaufe der Generaldebatte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen erklärte Ministerpräsident Herriot: Ich werde vielleicht gezwungen sein, Dokumente vorzubringen, die beweisen, daß man mich beleidigt. Ich werde vielleicht auch weiter gehen und prüfen müssen, ob die Leute, die im Elend an der Spitze der Regierung stehen, qualifiziert sind, so zu sprechen. Ich habe wiederholt erklären müssen, daß es unsere Aufgabe ist, nach und nach die Gehele Frankreichs im Elend einzuführen, daß wir aber gewillt sind, auf die materielle und moralische Lage der Provinz Rücksicht zu nehmen.

Der Oppositionsredner Abg. Oberkirch verließ alsdann das Forum, um sich der Frage der deutsch-französischen Beziehungen zu beschäftigen. Auch hier erwidert er Herriot an. Der Ministerpräsident ist gewiß niemals Anhänger der Ruchtsbeziehung gewesen, aber er hätte dieses Band nicht aufgeben dürfen, und er hätte es besonders ausüben müssen, um mit Deutschland über einen Handelsvertrag zu verhandeln.

Ministerpräsident Herriot unterbricht: Es ist nicht unser Fehler, wenn man von Wasser und nicht verkauft hat, die Ausnahmestimmungen wirtschaftlicher Art, die der Friedensvertrag vorsieht, zu verhängern. In London war die letzte Regierung vor einer vollendeten Tatsache gestellt, aber selbst wenn man im Ruhrgebiet stehen geblieben wäre, würde sich die Lage nicht geändert haben. Was die Pünktung des Ruhrgebietes anbelangt, habe ich mich nur an die Verpflichtungen halten müssen, die Frankreich bei der Besetzung übernommen hat.

Der Abg. Francois Albert Poncet, der bekanntlich im Pressebüro im Ruhrgebiet eine seitlang tätig war, unterbricht Herriot und erklärt: Gewiß verlangen wir nichts anderes, als daß das Wort Frankreich respektiert wird, aber die letzte Regierung hat es nicht verstanden, einen vollen Nutzen aus den französischen Antreuerungen im Ruhrgebiet zu ziehen. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, geneigt wären, daß Sie durch Ihre arbeitsreichen Handeln in London Anerkennung in Deutschland finden würden, haben Sie die deutsche Pflicht nicht in Rechnung gestellt. Sie hätten sich ohne einen Austausch nicht aus dem Ruhrgebiet zurückziehen dürfen, da Sie es getan haben, haben Sie bewiesen, daß Sie die deutsche Mentalität nicht verstehen. Die deutschen Nationalisten haben während des Reichstagsaufmarsches erklärt, daß die Feldzug gegen die Ruhrbeziehung Früchte getragen habe. Zunächst Sie sich doch nicht, Herr Herriot, die deutschen Reichstagswahlen bedeuten eine Wiederankündigung des alten Regimes und vielmehr in Kürze die Wiedereinrichtung der Monarchie, wenn die angelegte Stunde gekommen sein wird. Dann wird Deutschland Frankreich angreifen. Deutschland besagt sich nur vor dem Sitzieren. Führen Sie also eine klare Sprache. Sprechen Sie laut. Verleihen Sie Deutschland auf Sündenliste vor, und Sie werden ganz Europa einen Dienst erweisen.

Herriot erwidert: Ich muß auf diese Angriffe gegen meine Politik erwidern, daß man sich erinnern muß, unter welchen Umständen ich in London die Rechte Frankreichs verteidigen mußte mit dem Rücken gegen eine Wand geleht, die ich nicht aufgerichtet habe. Man hatte eine Politik getrieben, die zur Isolierung geführt hatte (Abg. Poncet ruf: Damals nicht mehr als heute!) Herriot fährt fort: Man will gegen die Politik der Regierung außerdem ins Feld führen, aber Herr Poncet muß bedenken, daß das konservative englische Kabinett der Ruhrbeziehung ebenso feindlich gegenübersteht wie MacDonald. Aber in London war noch eine andere Politik zu betreiben: Die Politik des Dawesplans, die vielmehr dem Hofstaat Frankreichs nicht ganz entsprechen mag, aber die eine Politik der Liquidierung war. Wenn man die Rechte Frankreichs aus Geltung bringen will, dann genügt es nicht, daß man die Forderungen heranzieht, sondern man muß selber die Politik, die andere betreiben haben, liquidieren. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß durch die Liquidierung der Ruhrpolitik die Stellung Frankreichs nicht geschwächt wurde, im Gegenteil, es ist eine Stellung ersehen, um die die Rechte Frankreichs zu diskutieren, die eine wesentliche Frage für die Sicherheit Frankreichs ist. Wenn Frankreich noch Annahme des Dawesplans fernerhin im Ruhrgebiet verbleiben würde, dann hätte es nicht mehr eine Sanktion aus dem Versailles Vertrag durchzuführen, sondern einen kriegerischen Akt.

Steuerdebatte im Landtag

Sozialdemokratie und Steuern — Immer nur die „Not der Landwirtschaft“! — Deutliche Präsidentenkrise — Kommunistische Kämpfe — Die Steuerentlastung um 1/8 angenommen.

10. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 22. Januar.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung nach 10 1/2 Uhr, es ist knapp ein Drittel der Abgeordneten anwesend. Nach Verlesung der Eingänge wird in der

Steuerdebatte

weitergefahren.

Abg. Müller (Soz.):

Das Jahr 1914 war in steuerlicher Hinsicht kein leichtes; jedoch der Preis hierfür war des Opfers wert. Ohne den steuerlichen Eingriff des Reiches wäre die Stabilisierung der Wälsung nicht möglich gewesen. Vielleicht wäre es zweckmäßiger gewesen, mit dieser Steuerpolitik nicht erst 1924 zu beginnen; am besten wäre gewesen, wenn man damit schon 1914 begonnen hätte (Sehr richtig). Zu der Wirtschaft gehören nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeitnehmer, die Arbeiter und Angestellten. Nicht nur die Landwirte, die Gewerbetreibenden und der Handel haben im letzten Jahre große Opfer gebracht, sondern auch die Arbeitnehmer. Waren sie doch während der Inflation die einzigen Steuerzahler. Der Konsum der Stadt muß das Vielfache der Umsatzsteuer zahlen; das sollte von den Kreisen, die sich dauernd über die hohe steuerliche Belastung beklagen, auch beachtet werden.

Offenlich handeln die bürgerlichen Parteien fernerhin nach dem Grundsatz, daß erst das Volksganze kommt, und dann das Einzelinteresse, wie es der Zentrumsvorredner und der Redner der Deutschen Volkspartei so schon gestern betont haben. Das Schwergewicht der Verhandlungen muß in das Plenum gelegt werden. Zu den Ausführungen des Herrn Müller betr. Württemberg kann man sagen: Landbund merkt da was? (Sehr richtig). Auch der Beamte und Arbeiter und Angestellte muß Steuer

voranszahlen;

erhalten alle den Steuerbetrag sofort abgezogen. Der Staat kann heute nicht warten, bis er am Ende des Jahres Zahlungen erhält; er braucht laufende Gelder. Die 12 großen Städte bringen monatlich 621.000 M an Gebäudebesitzersteuer auf, während die mehrere Hundert kleinen Orte unter 1000 Einwohner den zehnten Teil aufbringen. Man sieht hier also, wer die Lasten hauptsächlich trägt. Die Städte haben heute weit größere Aufgaben, wie im Frieden, die Zahl der Erwerbslosen war noch nie so groß, eine neue Schicht Hilfsbedürftiger kam hinzu, die Kleinrentner. Viele Arbeiten müssen zwangsweise gemacht werden, um Stellen und Arbeitsstellen zu verschaffen. Manchem hat nahezu 500 Arbeiter bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Heilung 400. Bruchsal 25. Man wird also über die Politik der Städte zu einer anderen Auffassung kommen, wenn man diese Dinge mit berücksichtigt. Die Sozialdemokratie hat immer nur festsitzend behauptet, daß in der Landwirtschaft alle Hypotheken nahezu vollständig verschwunden sind.

Die Sachwertbesitzer sind ihre Schulden los, die Sparer ihr Vermögen.

Seitdem die Reichsregierung ihre Steuerentlastungsbekanntmachung, ist Woche für Woche der Warenpreis hinaufgegangen. Der Vorlage der Regierung stimmt die Sozialdemokratie zu, jedoch mit gewissen Bedenken. Wieder hätten wir allerdings gesehen, wenn die Besätze nicht gestiegen wären. Die Senkung der Steuer war nur möglich, daß das Land die ganzen Umsatzerlöse in Anspruch nahm. Eine Politik, Alles auf eine Karte zu setzen, können wir nicht mitmachen. Wir erwarten, daß die 5 Millionen Mark, die jetzt die Steuer gekostet wurde, nicht auf Kosten wichtiger Staatsaufgaben geschieht. Wir würden uns dagegen wehren, wenn der Wohnungsbau, die sozialen Aufgaben und die Kulturaufgaben leiden müßten. Es kann und darf nicht sein, daß man auf der einen Seite Steuern senkt, und auf der anderen Seite wichtige Aufgaben vernachlässigt.

Die Herren, die von der Not der Landwirtschaft oder von der Not des Hausbesitzers sprechen, haben keine Ahnung von der Not der Kleinrentner.

Würden diese Herren diese Not kennen, dann würden sie solche Reden nicht halten, und die Hausbesitzer, als die Vermittler der Armen bezeichnen. Der Redner teilt eine Anzahl Fälle des Elends der Erwerbslosen mit. Die Herren von der Landwirtschaft und vom Hausbesitz sollten vorichtig sein, wenn sie von ihrer Not klagen. Auch der arme Landwirt hat wenigstens noch ein Dach über dem Kopfe und hat Nahrungsmittel. Der Arbeiter hat nichts. — Die gestellten Anträge lehnen wir ab; der Entschluß des Zentrums stimmen wir zu. (Provo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gebhard (Landb.) will natürlich als ausschließlicher und fanatischer Bauernvertreter das nicht wahr haben, was Abg. Müller gesagt hat. Die geschilberten Elendsfälle rühren einen Landbändler nicht. Die einzige Not gibt es nur in der Landwirtschaft. Der Redner hat an der bisherigen Steuerpolitik allerdings auszusetzen; er beklagt sich über die einmalige Landabgabe und stellt fest, daß in Württemberg die Steuern niedriger sind. Im Beispielen versucht Herr Gebhard nachzuweisen, wie ungeheurer die steuerliche Belastung des Grund und Bodens ist. Dann wendet er sich gegen die schematische Gehaltssteigerung, was „draußen“ verbitternd wirken müsse. Es müssen alle Wege beschritten werden, um eine gleiche, gerechte und billige Belastung herbeizuführen. Der Grundgedanke der Gerechtigkeit sei bei der Steuerentlastung nicht beachtet. Auch an der Gebäudebesitzersteuer übt der Redner Kritik. Herr Gebhard verweist auch für Baden ein gutes Verhältnis des Landbundes zum Zentrum, wenn dieses — Alles tut, was der Landbund will, so etwa war der Einverständnis. Dem Gesetze selbst will der Landbund mit einigen Vorbehalten zustimmen; er gibt eine diesbezügliche Erklärung ab.

Obgleich Herr Gebhard ausnahmsweise das Zentrum ziemlich günstig behandelt hat, hielt es Abg. Wittenmann (Ztr.) doch für nötig, eine scharfe Geschäftsordnungsparole gegen Gebhard zu sagen; auch der Landtagspräsident scheint nach seinen Bemerkungen diese Auffassung zu haben, wenn er auch ein Parteifreund des Herrn Wittenmann ist. Herr Gebhard hatte am Abend vorher einen Augenblick das Präsidium geführt, und nach irgend einem Paragraphen der Geschäftsordnung soll es dann nicht zulässig sein, daß der Betreffende dann das Wort ergreift, solange der Gegenstand, während dessen Beratung er das Präsidium führte, noch nicht erledigt ist. Nach Meinung des Herrn Wittenmann hätte also Herr Gebhard heute nicht sprechen dürfen. Der gesunde Menschenverstand dürfte eine derartige Auslegung wohl als Kammelfalterei bezeichnen. Immerhin, es wurde mit dieser Auseinandersetzung so eine halbe Stunde Zeit vertilgt. Und der Präsident selbst erklärte schließlich, daß er sich überlegen müsse, ob er nicht — die Konsequenzen aus der Debatte ziehen müsse. Er ließ aber abstimmen, ob das Haus mit seiner Auslegung der Geschäftsordnungsregeln einverstanden sei und mit allen Stimmen gegen die des Abg. Wittenmann stimmte das Haus dem Präsidenten zu. Herr Wittenmann quittierte das unter großer Beifall selbige Resultat der Abstimmung mit dem folgenden Ausruf: „Deshalb habe ich das recht!“ Solche Niederlagen dürften wohl selten im Hause vorkommen.

Nach diesem mehrwöchigen Zwischenakt wurde die Steuerdebatte fortgesetzt. Abg. Dr. Mayer (Ztr.) hält vor allem nötig, das eine gesunde und leistungsfähige Landwirtschaft erhalten wird. Er wendet sich gegen die Verwirrung und Unübersichtlichkeit im Steuerwesen. Der Vorlage stimmt seine Partei zu. Abg. Schön (Zem.) beschäftigt sich als weiterer Redner ebenfalls fast ausschließlich mit der Not der Landwirtschaft. Es ist uns unerträglich, wie es der Landwirtschaft so geht, wenn sie im Landtage so viele Freunde hat. Auch Herr Schön stellt die erscheinende Schuldenlast der Landwirtschaft fest, er verlangt eine Regierungsvorlage über Kredite an Landwirtschaft und Handwerk. Ueber die Abschaffung der Steuern für Milchprodukte bemerkt er, daß z. B. Karlsruhe heute nur ein Drittel des Milchpreises der Friedenszeit aufweise. Im übrigen sieht sich der Redner für die Regierungsvorlage ein. — Abg. v. Ru (Landb.) will vor allem sparen. Das erscheinende Bild, das Abg. Müller gegeben, liege sich ergänzen aus Kreisen des Mittelstandes und des Hausbesitzes. Für Steuerentlastungen der Grund- und Hausbesitzer tritt der Redner dann mit Entschiedenheit ein; er vertritt einen diesbezüglichen Antrag und stellt sich für die Steuerhöhe der Länder ein. — Abg. Müller (Soz.) macht ausdrücklich in Württemberg Agitation und breitet wie üblich sein Lager von Schlagworten, Pörschen und Wollwaden aus. Er vertritt die Forderung, daß die Steuerentlastung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Industrie, den Handel und die Kleinrentner gelten sollte. — Abg. Müller (Soz.) macht ausdrücklich in Württemberg Agitation und breitet wie üblich sein Lager von Schlagworten, Pörschen und Wollwaden aus. Er vertritt die Forderung, daß die Steuerentlastung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Industrie, den Handel und die Kleinrentner gelten sollte.

Finanzminister Dr. Köhler weist auf den Zweck der Steuerentlastung hin, der sei, eine Senkung der Lebenshaltungskosten zu erwirken. Die Regierung nehme an, daß die Wirtschaft um jede Mark dankbar sei, die sie erspare und nicht als Steuer abzuführen brauche. Eine weitere Senkung sei unmöglich. Der Reichsfinanzminister teilte heute mit, daß er die Herabsetzung des Anteils an der Einkommensteuer von 30 Proz. auf 20 auf 30 Proz. beabsichtige, der Anteil der Umsatzsteuer soll von 20 auf 30 Proz. erhöht werden. (Abg. Marum ruft: Das ist die neueste „Schlebung!“) Anschließt dieser Unklarheit in der Reichssteuergebarung ist es ausgeschlossen, eine weitere Senkung vorzunehmen. Wie soll man auf der einen Seite die Steuern senken und auf der anderen Seite annehmen, daß die Überemtionen höher oder gleich bleiben? Das Reich beabsichtigt weiter, vom 1. April 1926 an den Ländern das Zuschlagsrecht zu geben, aber unter der Voraussetzung, daß das Reich einen erheblichen Anteil an den Steuern erhält. Die Regierung werde alles tun, um eine sachliche Ausübung der Resolution, die zur Abstimmung steht, durchzuführen. Der Minister bietet, alle Anträge, die über die Regierungsvorlage hinausgehen, abzulehnen. Die Regierung werde alle möglichen Erleichterungen gewähren und weit möglichsten Entgegenkommen zeigen. — Als letzter Redner produzierte sich Abg. Gähler (Kom.) als Bauernfreund und Steuergegner. Was er sagt, ist nicht des Ermännens wert. Der Herr ist so geistlos wie sein Kollege Müller — wenn man für die Geistesverfassung dieser Kommunisten noch das Wort Geistesverfassung der Dummeit anwenden darf —, aber um Gült für das Haus, verumt Gültler nicht über die Demagogie, über den Pörschenschwall und die Schwundelkunst des Ritter; seine Ergüsse sind also meist kurz und schmerzlos. — Die Debatte war nach dieser letzten „Kundgebung“ erledigt.

In der Abstimmung wird das Gesetz mit allen gegen die 3 Stimmen der Kommunisten angenommen. Die 3 Abänderungsanträge werden abgelehnt. Die Entschließung — Berücksichtigung und Nachsicht gegenüber wirtschaftlich Schwachen bei Gesuchen um Nachlaß, Ermäßigung oder jinslofer Stundung — wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Damit ist die Beratung über das Steuerentlastungsgesetz erledigt. — Um 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und Weiterberatung auf Freitag vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Aufbau der Volksschule mitzuhelfen, um den Kindern die nötige Bildung und Erziehung zuteil werden zu lassen, die sie ihrer Befähigung nach verdienen. In der Diskussion erklärte sich Kaufmann Hermann mit den Ausführungen des Gen. Meinert einverstanden, nur glaubte er, daß die Einheitschule schwer durchzuführen sei, weil sich das Zentrum dagegen wehre. Gen. Meinert erwiderte ihm in seinem Schlußwort, daß auch die christlich-nationale Volkspartei sowie die Deutsche Volkspartei sehr wenig für die Volksschule übrig hätten. Gen. Meinert erwiderte für seinen Vortrag reichen Beifall.

Aus der Partei

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer. Kreis Karlsruhe. Wir verweisen nochmals auf die Tagung am Samstag, 24. Januar, im „Friedrichshof“ (Zagdzimmer). Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt vollständiges Erscheinen. A. St.

Kleinrentner. Samstag, 17. Januar, fand im Rathaus eine öffentliche Volksversammlung statt. Als Referent war Genosse Schulinspektor Reimut erschienen, der über die erzieherische Aufgabe der Schule sprach. Die Versammlung war sehr gut besucht. Gen. Reimut behandelte zunächst die Stellung der Volksschule im alten Obrigkeitsstaat und führte den Anwesenden vor Augen wie schwer es war, im alten Staat für die Volksschule etwas zu erringen. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges hätte es sehr Lehrer gewagt, sich im feindseligen Sinne zu betätigen. Aber auch heute noch im neuen Staat, wird die Volksschule heimlich behandelt. Der Redner forderte zum Schluß die Anwesenden auf, an dem

Soziales

Die Regierung Lufser gegen eine gerechte Erwerbslosenunterstützung

Im Reichstagsauschuß für soziale Angelegenheiten kam am Mittwoch ein Antrag zur Verhandlung, der eine Befreiung der Spanne in den Unterhaltungsstellen für männliche und weibliche Erwerbslose verlangt. Die Reichsregierung widersetzte sich dem

Antrag, da seine wirtschaftlichen Auswirkungen bei der beschlossenen Erhöhung der Höhe von großer Bedeutung sein würden. Die Frauen hätten lediglich in einigen Industrien die gleichen Lohnsätze errungen wie die Männer. Im allgemeinen läßt die Höhe der weiblichen ungelerten Arbeiterinnen 30 Prozent unter denen der männlichen ungelerten Arbeiter; bei den gelerntten Arbeiterinnen mache der Unterschied 20 Prozent aus, bei den Angestellten 10 Prozent. Außerdem sei berechnet, daß die Ernährungslosten einer Frau ungefähr 70 Prozent von denen des Mannes betragen. Der Auschuß erkannte die Gründe der Reichsregierung jedoch nicht an und stimmte dem Antrag zu. Ueber einige sozialdemokratische und kommunistische Entwürfe auf Erhöhung der Höhe der Erwerbslosenunterstützung zur Befreiung der trostlosen Lage der Arbeiter und der Erwerbslosen wurde die Beschlußfassung ausgesetzt, um zunächst den Bericht zum Reichsarbeitsamt, der sich aus den Vertretern der Spitzenorganisationen und der Landesorganisationen zusammensetzt, zu hören.

Gewerkschaftliches

Schiedspruch im Bankgewerbe

In der Frage der Bankangestelltenangehörigen wurde gestern von dem vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, der eine Erhöhung der jetzigen Gehälter ab 1. Januar vorsieht. Danach stellt sich das tarifliche Höchstgehalt eines Bankangestellten in der untersten Gruppe auf 190,76 M. in der mittleren Gruppe auf 222,05 M. und in der höchsten Gruppe auf 374,92 M.

Gemeindepolitik

Bürgerentscheidung in Pforzheim.

Der Bürgerentschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Genehmigung des Voranschlags für das Geschäftsjahr 1924/1925. An Ausgaben hat die Gemeinde 70 028 M. zu veranschlagen, denen eine Einnahme von 49 816 M. gegenübersteht, so daß ein ungedeckter Aufwand von 20 212 M. besteht, welcher durch Umlage zu decken ist. Der Umlagefuß bleibt der gleiche, wie im vorangegangenen Jahre und zwar: 50 Pf. aus 100 M. Steuerkapital vom Eigenkapital und Betriebsvermögen. Obgleich in dem Voranschlag verschiedene Positionen sehr besorgniserregend waren, hat die sozialdemokratische Fraktion von Änderungsanträgen Abstand genommen, und zwar deshalb, weil der Voranschlag umständlicher erst jetzt, bereits am Schluß des Geschäftsjahres, dem Bürgerentschuß zur Beratung vorgelegt werden konnte. Trotzdem haben wir es nicht unterlassen, durch unseren Fraktionsredner auf verschiedene Forderungen aufmerksam zu machen, die bei gegebener Gelegenheit wieder an den Gemeinderat eingebracht werden. Der Fraktionsredner vom Zentrum ließ seine Besätze leuchten und polemisierte durch die Äußerungen in längeren Ausführungen gegen die hohen Gehälter des Bürgermeisters und Ratsherrn. Unter allgemeinem Gelächter der übrigen Fraktionen erteilte ihm der Vorsitzende die nötige Abfuhr, wobei dem Bürgermeister ein Fraktionskollege vom Zentrum durch einen Zwischenruf noch beifällig war. Darauf wurde der Voranschlag einstimmig genehmigt.

Weiter wurde ein Bericht herbeigeführt über die Erhebung einer Feuersteuernabgabe. Es wurde dem gemeinderätlichen Vorschlag zugestimmt, welcher lautet, daß alle Ortsanwesigen männlichen Personen, welche 1855-1865 geboren sind, eine jährliche Abgabe von 3 M. zu entrichten haben. Ausgenommen von dieser Steuer sind Personen, welche bei der hiesigen freiwilligen Feuerwehr Dienste leisten, geberliche Personen, Kriegsinvaliden und solche, die mit einer unheilbaren Krankheit behaftet sind. Ferner wurde Genehmigung erteilt zu einem außerordentlichen Zuschuß von 2000 Reichsmark, welche auf 10 Jahre verteilt werden sollen. Das Geld soll zur Herstellung und Erweiterung von Straßen im neuen Ortsabgange verwendet werden. Der Gemeinderat wurde auch vom Bürgerentschuß beauftragt, diesen Antrag zum An- und Verkauf von Ortsabgängen beizubehalten, welche die sozialdemokratische Fraktion erweitert wissen möchte, welcher Vorschlag aber wie immer von bürgerlicher Seite nicht unterstützt wurde. Längere Auseinandersetzungen gab es wegen dem Weg bei der Dreifachstraße, welcher jetzt im 20. Jahrhundert in eine Buntelgasse verandelt werden soll, obgleich man denselben nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion gerade so lassen könnte, wie er jetzt ist. Zum Schluß wurde noch die Gehaltsveränderung der Gemeinderäte von 60 auf 100 M. einstimmig genehmigt.

Jugend und Sport

Schwer-Athletik

Stand der Serienabteile im 5. Bezirk, 17. Kreis

Vereine	Gruppe I		Gruppe II	
	Zahl d. Stimmgen	Stimmen	Zahl d. Stimmgen	Stimmen
Einigkeit Mühlburg	8	8	16	8
Uhl.-S. Grödingen	8	8	5	6
Uhl.-Gesellschaft	8	6	2	12
R. u. Stf. Darland	8	2	6	4
Olympia Knieglingen	8	1	7	2

Bei den laufenden Serienwettkämpfen wurde in Gruppe I „Einigkeit“ Mühlburg im Ringen und Stimmgen Gruppenmeister, „Einigkeit“ Knieglingen Gruppenmeister im Ringen und Stimmgen im Gruppe II. Beide Mannschaften treffen sich am Sonntag, den 25. Januar, nachm. 3 Uhr, im Sporttheater im Entscheidungsturnier um die Bezirksmeisterschaft.

Kleine Nachrichten

Dresden. Die Disziplinarkammer verhandelte unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Wader den Antrag des Justizministeriums auf Entziehung des Ruhegehalts des ehemaligen Ministerpräsidenten Feigner. Der Spruch der Disziplinarkammer ging dahin, daß Feigner die Pension entzogen wird vom Schluß des Monats an, an dem das Urteil des Leipziger Landgerichts vom 29. März 1924 gegen ihn rechtskräftig wird. Auf ein Jahr nach der Verbüßung der Gefängnisstrafe soll ihm ein Drittel der erdienten Pension nachgezahlt werden.

Rom. Drei Studenten der Universität Padua stürzten bei einer Tour auf den Aetna in ein Tal ab. Einer der Studenten, die angefaßt waren, war sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Liedolsheim

Das Hardtdorf Liedolsheim ist seit kurzem eine traurige Bekanntheit geworden. Die blutige Bürgermeistereiwahl ist aber nur der Schlusspunkt — hoffentlich ein Schluss! — einer ganz eigenartigen Entwicklung. Gegenüber der Sozialdemokratie und Antisemitismus sind seit Jahrzehnten Kennzeichen der Liedolsheimer. Vor Jahrzehnten hat das Dorf Liedolsheim, damals von zahlreichen Juden bewohnt, ein Pogrom veranstaltet und alle Juden genötigt, von diesem Dorf abzuwandern. Die Folge war, daß das vorher wirtschaftlich blühende Hardtdorf verarmte. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist ebenso alt. Die meisten dieser Kleinbauern stehen jedem Fortschritt feindselig gegenüber, soweit es sich nicht um ihren persönlichen Vorteil handelt — da sind sie sehr fortschrittlich; während des Krieges und der „Hamsterjahre“ erregte sich Liedolsheim in Karlsruhe des Beinamens „Kardapothek“. Vor dem Krieg wurden organisierte Arbeiter nicht im Liedolsheim geduldet und nachdem die Deutsche Turnervereinspartei mit Arbeitergruppen mitbezogen war, konnten die Arbeiter auch dort gehen.

Der Krieg war für die Liedolsheimer meist ein gutes Geschäft. Die Schulden wurden entwertet zurückbezahlt, Russen lieferten die Wirtschaft aufrecht, Lebensmittel waren immer vorhanden, allmählich kam auch immer mehr Geld ins Dorf. Am 10. September waren freilich die im Feld befindlichen Liedolsheimer; so ist einer der Hauptführer der Völkischen gegen Ende des Krieges überhaupt nicht mehr zu seinem Truppenfeld; ein anderer, jetzt völkischer Gemeinderat, ist nur durch sozialdemokratische Hilfe vor der Festung oder Schlimmerem bewahrt geblieben. Ein dritter völkischer Führer war überhaupt nicht im Felde und arbeitet auch heute noch nicht, wie denn überhaupt die Arbeit bei den Liedolsheimer Völkischen nicht beliebt ist.

Das war der gegebene Boden und die gegebenen „Führer“ für Hitler. Da kam nun ein Interleuker namens Kramer ins Dorf. Kramer, in der Gegend von Heilbronn und noch in Lindenheim hatte er sich als erblicher Kommunist aufgestellt; nun schien es ihm vorzuziehen, den kleinen Hitler in Liedolsheim spielen zu lassen. Heute allerdings darf er sich in Liedolsheim nicht mehr sehen lassen; er hat, wie das bei völkischen Führern üblich ist, sein Gesicht nach seiner Entlassung aus dem Schuldenloch eine allzu großzügige Geschäftsführung aus Kosten der Liedolsheimer Völkischen geführt. Der „arbeitslose“ Einfluss des Kramer zeigte sich sehr bald: in den Häusern, Gärten, Gassen, auf den Dächern sah man Spatenkreuze aufstecken, sogar an den Friedhöfen wurden sie angebracht, freilich ohne daß man merkte, daß der Frieder mehr dagegen tat, als sie durch das Anstecken abzuwaschen zu lassen.

Ein besonderes Merkmal für die Hitlertruppe vor der Arbeiterbewegung. Man inziemierte deshalb einen Arbeiter als völkischen Streiktrupp gegen die harmlos heimkehrenden Arbeiter, unter Führung von Kramer, wobei sein Kollege, Herr B., der Dirigent des Arbeitervereins, zu Boden geschlagen wurde und schließlich sich in der Notwehr mit dem Messer wehren mußte. Darauf setzte eine unerhörte Geste gegen Herr B. ein, jedoch er sich, da er seines Lebens nicht mehr sicher sein konnte, verziehen ließ.

Dann kam „Der Tag“. Liedolsheim war der Schauplatz eines großen Hitleraufmarsches aus Baden mit entsprechenden Anproben, Paradeaufzug usw. Daraufhin wurde Kramer verhaftet. Trotzdem ein ganzes Auto mit Völkischen anordnete, konnte die Verhaftung, wollte man Blutvergießen vermeiden, nicht durchgeführt werden; denn die fanatisierte, völkische verhasste Bevölkerung ritt sich bewaffnet mit allerlei Waffen vor dem Haus zusammen. Leider ließ der führende Beamte des Völkischen in der Folge die Sache auf sich beruhen; wären es Arbeiter gewesen, so hätte Herr Schöpsle zu einem anderen König aufspielen lassen, davon sind wir überzeugt. Die Arbeiter mußten dafür büßen; vier Tage lang mußten sie morgen und abends mit Totschlägern u. a. auf, wenn sie zur Arbeit gingen oder von der Arbeit kamen. Die Arbeiterhaft ließ sich aber nicht provozieren. Ihre Führer ermahnten zur besseren Einsicht, trotzdem die Geduld am Ende angekommen war. Die Genarmen sah dieses Treiben, konnte es aber nicht verhindern; warum, wissen wir nicht. Es kam daraufhin ein verstärkter Genarmenspruch nach Liedolsheim, um diesen Zustand ein Ende zu machen. Es wurde darauf etwas ruhiger; denn die Genarmen kosteten Geld und da sind die Völkischen sehr empfindlich.

Vom Münchener Turnfest kamen die Herren Hitlerleute enttäuscht zurück; der angelegte Hitlerputz in Lindenheim nicht näher. Der Liedolsheimer Streiktrupp sollte nach München, aber sie zogen es vor, zu Hause zu bleiben. Inzwischen stellte man eine Bluttische auf, kamen von 2 Liedolsheimer Sozialdemokraten wurden genannt, darunter 2 sozialdemokratische Gemeinderäte. Das brachte die Arbeiterhaft in solch eine Erregung, denn sollte der offen erwartete und vorausgesetzte Hitlerputz gelingen, würde man die Genannten sofort an die Mauer stellen. Man sprach davon, daß jetzt Hitler Reichsanführer und Lubendorff Reichspräsident würde. Nach dem mißlungenen Hitlerputz wurde es dann wieder etwas ruhiger.

Aber nun kam die Bürgermeisterwahl. Der den Völkischen nahestehende Bürgermeister, ein alter Sozialist, trat zurück. Die Völkischen wählten ein für sich selbstverständliches, daß ein völkischer Bürgermeister werden müsse. Aber es kam anders. Beim zweiten Wahlgang beschloßen die Sozialdemokraten, den „Gefahr“ und verfassungstreuen Kandidaten Kaufmann Ludwig Schick im Interesse der Ordnung im Dorfe ihre Stimme zu geben. Der Wahltag vollzog sich zu Ungunsten der Hitlerkandidaten. Schick erhielt über 800 Stimmen und Roth, der Kandidat der Völkischen, erhielt über 400 Stimmen. Die Wut der Völkischen stieg ins Ungemessene und bei der Ansprache des gewählten Bürgermeisters und beim Singen der Wählergemeinde sangen die Sozialdemokraten das Ehrbardlied und „Schmeiß sie raus aus unserem Haus“. Vor der Wahl soll von Hitlerleute ausgesetzt worden sein, wenn ihr Kandidat nicht durchginge, müsse Blut und es sei rote Tote. Der neu gewählte Bürgermeister lud zu einem Glas Bier ein und ermahnte die Bevölkerung, unabhängig zu bleiben, damit alles in Ruhe verlaufe. Es kam aber anders; kurze Zeit darauf zog die Hitlertruppe mit ihrem Anhang die Dorfstraße entlang am „Ochsen“ vorbei. Die Wähler des neuen Bürgermeisters waren ebenfalls im Begriff, mit Ruß nach einem Lokal zu marschieren. Ein hinter dem Zug der Hitlertruppe stehender Anführer der völkischen Partei, der bekannte Kandidat Reichel, fing mit den Geschützführern einen Streit an, in dessen Verlauf Reichel erheblich vermundet wurde. Es wurde geschossen, von welcher Seite weiß man nicht. Der Kandidat Kramer, eine Frau und ein Junge wurden getroffen. Die Hitlerleute

hatten ihre Anhänger durch Trompetensignal alarmiert und der Sturm auf das Gasthaus zum „Ochsen“ wurde von ihnen ausgeführt unter dem Vorwand, es wäre daraus geschossen worden. Fenster und Türen wurden zertrümmert, Erhöhungen, wie „mit Handgranaten säubern“ wurden ausgesprochen. Inzwischen ist der vermundete Kandidat gestorben.

Auch die Beerbigungsfeier hat man zu völkischen Unversöhnlichkeiten mißbraucht. Ein Grabredner sprach von der „mörderischen Angel aus dem Ochsen“ (dem 1. demokratischen Parteitag), obwohl noch gar nicht feststeht, wer geschossen hat; alles diente vielmehr dazu hin, daß die Schiffe auf der Straßennitte abgegeben wurden, wo sich die Hitlerleute befanden. Alle diese Dinge werden jetzt vom Richter behandelt werden.

Im Interesse des Lesers aber läge es, daß die Liedolsheimer Bürgerhaft, auf welcher politischen Seite sie stehen mag, endlich einmal aufhört, sich fortwährend zu bekämpfen. Man füge sich doch jetzt der Mehrheit des gewählten Bürgermeisters, wie das jede Minderheit im Staat sowohl im Reich tun muß und was man auch von etlichen jeden politischen anständigen Menschen verlangen darf. Im Gegensatz zu anderen Bürgern von Liedolsheim, gleich welcher Richtung sie angehören und warten ihrer Aburteilung. Soll das Dorf, das nach außen hin durch die wüste Hitlerbewegung schon in schweren Verfall gekommen ist, noch mehr im Ansehen der Landesleute herabsinken?

Ob diese Wagnisse bei den Völkischen nützen, ist fraglich; haben sie doch noch in der gleichen Nacht auf ein zweites Völkischen einen Sturm unternommen, wobei einer mit dem Gemehr in der Hand verhaftet wurde. Und sie reden davon, daß der Hauptschlag erst noch kommen solle; die Bluttische sei nun auch um einige Demareten vermehrt und der Stößtrupp für die nächste Aktion sei ebenfalls neu formiert.

Wir ermahnen, daß hier endlich einmal ganz energisch eingegriffen wird, ehe ein noch größeres Unglück geschieht. E. E.

Kleine badische Chronik

Kreis bei Schwenningen. Das 23-jährige Töchterchen des Laboranten Wilhelm Kempfer starb in einem unbeschriebenen Augenblick in der Küche in einem Behälter mit kochendem Wasser und erlitt so schwere Verletzungen, daß es starb.

Mannheim. In der Bendestrasse hängte sich ein 6 Jahre alter Knabe an ein Auto mit einem Anhängewagen. Er fiel herunter und kam unter ein Rad des Anhängewagens, erlitt einen Oberschenkelbruch und mußte ins Krankenhaus verbracht werden.

Mannheim. Mittwochabend erlöschte sich auf dem Grabes seines Vaters ein junger Lehrer namens Scholl. Der Begräbniszug trat in Unkenntnis.

Willingen. Mittwochabend kreuzte auf der Landstraße Willingen-Cherfhausen ein Führer mit einem Auto. In dem Augenblick, als das Fahrzeug an dem Auto vorbeifuhr, sprang der Knabe vom Wagen und geriet unter den hinteren Teil des Autos. Mit schwerem Knochenbruch und Kopfverletzung wurde er nach dem Krankenhaus verbracht.

Stadach. Mittwochabend brach in dem Geschäft des Johann Rütternecht (Stengels) ein Feuer aus. Die Scheune mit großen Futtermitteln fiel dem Feuer zum Opfer, 18 Stück Vieh und 4 Pferde konnten nur mit großer Mühe gerettet werden, während alle Vorräte verbrannten. Bei den Löscharbeiten kamen die Hofbesitzer in große Gefahr. Es gelang, das angebaute Wohnhaus zu retten.

Stadach. Mittwochabend kam der Stationsvorstand Kallenbacher von Salem, als er in Schwingen umsteigen wollte, unter den Zug und war sofort tot.

Gottmadingen. Der verheiratete Müller Seiffersmann von Rabsbüchel erlitt durch stürzendes Wech am ganzen Körper schwere Verletzungen, jedoch er in bedenklichem Zustande im Krankenhaus liegt.

Zwei gemeingefährliche Gesellen, der 26 Jahre alte Goldarbeiter Anton Biermann und sein 23 Jahre alter Bruder Wilhelm Biermann, die das Einbrecherhandwerk im Gauzen betrieben, hatten sich vor dem Großen Schöffengericht in Rastatt wegen etwa 30 schmerzhaften Diebstahl-, Willen- und Garantenbrüche zu verantworten. Beide Angeklagte sind Verbrecher von Rang und haben die Gerichtsahn oft beschäftigt. Anton Biermann hat in der Neujahrsnacht 1918/19 in Wöhringen beim Kaufschützen aus Unvorsichtigkeit eine Frau erschossen. Dieser Ruch wurde während der ganzen Verhandlung den „Wilden Mann“, jedoch er gestand sich die Verbrecher mit ungläubiger Frechheit. Sie nahmen mit, was ihnen in die Hände fiel. Bei verschiedenen Diebstahlbrüchen fielen ihnen Edelmetalle wie auch fertige Gold- und Silberwaren in die Hände. Das Gericht beurteilte Anton Biermann zu 6 Jahren Zuchthaus und seinen Bruder Wilhelm zu 3 Jahren Zuchthaus. Mehrere mitangelegte Helfer erhielten längere Gefängnisstrafen, 2 der schlechtesten angelegte Personen wurden freigesprochen.

Die „verlorene“ Bette. Der 23-jährige Landwirt Franz Kaver Kiesel von Konitz hatte eine Bette eingezogen, einen Einbruch zu verüben, ohne dabei erwacht zu werden. In der Nacht vom 8. auf 9. Dezember v. J. wurde der Diebstahl in einer Wirtschaft in Petershausen ausgeführt, wobei etwa 50 M. und Zigaretten und Wurstwaren gestohlen wurden. Am Morgen nach der Tat sah der Held der Diebstahls hinter Schloß und Riegel. In dem Einbruch mitbeteiligt war auch der 21-jährige Hilfsarbeiter Karl Wille von Konitz. Dieser leugnete die Tat anfanglich hartnäckig, legte jedoch ein Geständnis ab. Wegen schweren Diebstahls wurden die beiden Einbrecher mit je 3 Monaten Gefängnis bestraft, wobei bei Kiesel ein Monat, bei Wille wegen seines unerschämten Zeugens nur eine Woche Untersuchungshaft in Anrechnung kommen.

Raubüberfall bei Wallstadt

II. Mannheim. Auf der einsamen Landstraße nach Wallstadt, die bereits vor einiger Zeit der Schauplatz eines ähnlichen, bisher noch unaufgeklärten Verbrechens war, wurde wieder ein schwerer Straßenausraubfall verübt. Der auf dem Heimwege von seiner Arbeitsstätte in Mannheim befindliche Schreiner Martin Düffel wurde von zwei Unbekannten in den Straßengraben gezogen, wahllos mit dem Messer ausgetrieben. Auf die Hilferufe Dünfels wurden mehrere gleichfalls von der Nachbarschaft kommende Arbeitskollegen des Leberfallenen aufmerksam und eilten herzu. Die Regenerlager gaben nach drei Schüssen auf ihr Opfer ab und verschwand im Dunkel der Nacht unerkannt. Durch die Schüsse wurde Düffel schwer verletzt.

Stadtsbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle: Karoline Ganter, alt 73 Jahre, Ehefrau von Friedrich Ganter, Bräutigam. Oskar Götsche, Dr.-Chemiker, Chemiker, alt 83 Jahre. August Emmerich, Landwirt, Chemiker, alt 41 Jahre. Karoline Bächtold, alt 64 Jahre, Witwe von Wilhelm Bächtold, Kaufmann. Nina Roth, alt 47 Jahre, Ehefrau von Andreas Roth, Maurer.

Zur Wohnungsfrage

Von einem Genossen, der in der Gemeindegewerkschaftung viel mit der Wohnungsfrage zu tun hatte, wird uns geschrieben:

Heute 6 Jahre nach Beendigung des Krieges reden manche Leute über die Wohnungsfrage, als wenn es vor dem Krieg keine Wohnungsnot, kein Wohnungsleben und keine Bodenfrage gegeben hätte. Und doch war das Wohnungsleben unserer Väterlandschaften mit einer der größten und moralischen Zusammenbrüche weiter Volkstreuheiten. Seit dem Krieg ist durch Staat und Gemeinde viel geleistet worden, aber von dem, was während und in den ersten zwei Jahren nach dem Krieg verübt wurde, ist noch nichts nachgeholt worden, und immer noch stehen Staat und Gemeinde vor einer gleich großen Aufgabe. Nirgends sehen wir ein entschiedenes Zugreifen zur Lösung der wirtlichen Frage der Wohnbeschaffung. Soweit der Staat in Frage kommt, war in den letzten Jahren wiederholt die Tatsache zu verzeichnen, daß das Geld erst im Sommer oder Herbst zur Verfügung stand und dadurch die beste Bauzeit verloren ging. Kost scheint es so, als sollte es dieses Jahr wieder so gehen. In den letzten Tagen ist eine vom Ministerium des Innern herausgegebene Denkschrift erschienen, die sehr wertvolles Material enthält. Das Erscheinen von Denkschriften ist meistens ein Zeichen dafür, daß man in der Frage nicht vorwärts kommt. Wo in Baden die Hindernisse liegen, im Landtag oder beim Finanzministerium, sollte unsere Fraktion recht rasch nachsehen. Warum die Denkschrift nur an die Wohlfahrtsorganisationen und an einige wenige unpolitische Körperschaften vertriebt wurde, ist nicht klar. (Nach den Zeitungen ist kein Exemplar zugegangen. Die Redaktion.)

Die Denkschrift enthält wertvolles Material. Vor dem Krieg wurden in Baden jährlich etwa 6000 Wohnungen errichtet. Während des Krieges kam der Wohnungsbau fast ganz zum Erliegen und erst im Jahre 1920 zeigte eine lebhaftere Tätigkeit ein. In der Denkschrift ist festgestellt, daß wir mit dem Bau von etwa 2500 Wohnungen im Reichland sind. Von 1919 bis Ende 1923 wurden in Baden ohne die durch Nationalisierung freigemachten Wohnungen 27053 Wohnungen geschaffen. Davon etwa 1350 durch Umbauten und 25700 Neubauten. Von den letzteren wurden 14914 mit Hilfe von Baukostenzuschüssen errichtet.

Eine Statistik über die Zahl der Eheheftungen gibt uns Aufschluß über die Ursache der fortwährend steigenden Nachfrage nach Wohnungen. Diese Statistik zeigt aber auch, wie falsch es ist, einfach die Bevölkerungszahl mit der Zahl der Wohnungen zu teilen, um damit beweisen zu wollen, daß es keinen Wohnungsmangel gibt. Auf die Zahl der Haushaltungen kommt es an, und diese Zahl ist von 1913 bis 1919 von 462.667 auf 503.207, also um 40.540 gestiegen und in dieser Zeit wurden ganze 6100 Wohnungen gebaut!

Die folgenden Tabellen geben Aufschluß über die Finanzierung in der Vergangenheit und die Möglichkeit für die Zukunft über die Lage auf dem Wohnungsmarkt, über Baukosten, über Höhe der Mietzinsen wie sie jetzt sind und wie sie sich bei freier Wirtschaft gestalten würden. Alle Teilgebiete der Wohnungsfrage sind behandelt und demjenigen, der es versteht, sich aus den toten Zahlen ein Bild zu gestalten, dem zeigt sich die Wohnungsnot und das Wohnungsleben in seiner ganzen Notwendigkeit, mit all den unangenehmen, fiktionalen und andern Gefahren, nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern für das gesamte Volk.

Das Ministerium des Innern sollte sich entschließen, der Denkschrift die weitestgehende Verbreitung zu verschaffen. Soffentlich ist man dort wenigstens bereit, die Denkschrift an alle diejenigen abzugeben, die für ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet Nutzen daraus ziehen können. Als Wirkung wünschen wir, daß die staatsbedenklichen Kreise rasch die notwendigen Entschlüsse fassen.

Briefkasten der Redaktion

L. 3. 30. Die Kirchensteuer kann gestundet werden.

Nr. 10. 5. 11. 6. Da der steuerfreie Betrag bei der Einkommenssteuer 60 M. im Monat beträgt, kann die Frau, wenn sie sonst kein Vermögen hat, nur 31 M. monatlich verdienen, auch nicht zur Staatssteuer herangezogen werden. Mithin ist sie auch nicht kirchensteuerpflichtig.

L. 6. 1500. In Ihrem Falle müssen 1500 Reichsmark bezahlt werden, da die Großmutter zu einer Zeit gestorben ist, wo wieder eine feste Währung vorhanden war und ausdrücklich bestimmt wurde, daß erst beim Tode der Großmutter der Rest bezahlt werden muß. Die Tatsache, daß Sie das Geld an der Sparkasse hatten und entwertet wurde, fällt nicht ins Gewicht.

Fr. S. A. Nach der 3. Steuernotverordnung sind Hypotheken zu 15 Proz. aufzuwerten. Über die Höhe des Zinses läßt sich nichts Bestimmtes sagen, da im vorigen Jahr infolge des ungünstigen Geldmarktes der Zinsfuß sehr verschieden war.

N. 100. Wenn die Bürgerschaft für eingegangene Verpflichtungen geleistet wurde, so ist sie, solange diese Verpflichtungen bestehen, nicht kündbar. Handelt es sich jedoch um Bürgerschaft für laufende Kredite, so ist sie kündbar.

Gr. F. D. Nach unseren Erkundigungen läßt sich in Ihrer Sache wenig anfangen. Kann bewiesen werden, daß der landwirtschaftliche Konsumverein aus den besetzten Gebieten Sachverhalte angeordnet hat, so muß er aufhören. Ist jedoch infolge der Inflation das Geld „geronnen“, so wird wenig anfangen sein. In einer Genossenschaft sollte jedoch der Grundbesitz auf Treu und Glauben gelten und die Mitglieder andererseits entschädigt werden. Diskurs vom 28. 8. 23. 64 Millionen.

G. Liedolsheim. Wir möchten die Vorgänge in Liedolsheim doch lieber in Rosa behandeln, statt darüber Berle zu fabrizieren. Ihr Gedicht mag ja gut gemeint sein, aber es ist doch noch zu unferlig, hat noch eine Menge Holzspalten und dann glauben wir auch, daß mit sanfter Ermahnungen in Versform bei den fanatischen Genossen nichts erreicht wird. Den Hitlerwutigen und Halbescheuten kann man nur beistimmen, wenn man gegen sie lächerliches und unnachgiebig ist.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Pinnakoski

(Fortsetzung)

Der Weg führte dauernd durch angebaute Gegenden. Hier und dort war immer ein Gehöft, eine Kätnerlei oder eine Hütte.

Es ist so wohl, daß diese alten Bekannten da waren, die gleichsam Lebwohl sagten und Glück wünschten.

Fast in allen, auch den abgelegeneren, bemerkte man ihren Zug. Stets erschien im Fenster ein Kopf, dann mehrere — die blühten dort zwischen den Myrten, Balsaminen, Fuchsen und Pelargonien hindurch und dachten warme Abschiedsgebanten.

In einigen Stellen kamen die Leute bis auf den Hof und schauten noch dort nach. Aus einigen näheren wurde gerufen: „Glückliche Reise!“

Dann aber kam eine unbewohnte waldige Straße, und dort legte sich mit Gewalt ein Druck auf die Gemüter. Jeder verlor sich in den anderen zu verbergen — man rief dem Vieh zu, lief und schwang die Peitsche, wiewohl es nicht immer nötig war.

Auch Lutelas stilles Lächeln begann zu schwinden. Er war durch die mehrtägige Arbeit etwas ermüdet, und als nun lange Zeit kein anderer Laut als das eintönige Trappen der Viehhufe und das ständige Knirschen der Wagenräder zu hören gewesen war, peinigte es ihn allmählich.

Sie wanderten über eine kleine, aus Stein gebaute Landstraße.

„Sieh, da haben sie ordentlich Steine als Geländer angefahren — das habe ich früher nicht bemerkt!“ äußerte Lutela, froh, daß sich ein Gesprächsstoff bot.

„Die sind den ganzen Sommer da gewesen,“ beiläufig sich Restitalo, fortzufahren. „Sind auch tüchtige Kerle!“

„Utela lief von dem Weg hinunter, um die Brücke auch von der Seite zu betrachten.“

„Das ist gewiß wie eine Kellerdecke,“ sprach er. „Solche werden auch nirgends als in Tavastland gemacht!“

„Ja gewiß!“ stand es auch in den Augen der anderen. Restitalo merkte, daß die Dinge eine schlimme Wendung zu nehmen drohten.

„Sicht werden schon überall steinerner Brücken gebaut,“ sagte er schnell. „Dann fang er an, von Ostari Semilä, dem Brückenbauer, von seinen Kuffküssen, Brunnen und Brücken zu reden.“

Er war heute federnd wie ein Bogen und bemühte sich, aller Enden die gute Laune lebendig zu erhalten.

Utela aber blickte ihn von Zeit zu Zeit von der Seite an und hatte seine eigenen Gedanken.

Auf dem Wege wurde das Anarren eines Wagens hörbar — dort kam ein Bekannter aus dem Nachbardorf angefahren.

„Ihr seid also nun auf der weiten Reise,“ sagte der Mann, sein Pferd anhaltend.

„Was heißt da lang, ein paar Stunden bis zur Bahn!“ warf Restitalo ein.

„Na, na,“ lachte der andere. „Nicht wundert doch, weshalb ihr dort hinter die Welt ziehen mögt.“

„Weshalb?“ lachte Restitalo. Er zeigte lebhaft mit der Hand: „Zwei solche alten Knaben hier und zwei solche Schollentrampeler dort — uns wird dies Tavastland zu eng!“

„Na, na,“ machte der andere. „Man hat auch früher hier gelebt.“

„Freilich hat man gelebt, aber wir wollen ja reise werden!“ rief Restitalo ein.

„Alle fangen an zu lachen.“

„Und was redest du denn: der Utela da hat schon drei Gehöfte zustande gebracht — er muß doch wohl noch ein viertes zustandebringen dürfen, und in Tavastland sind die Gehöfte beinahe schon alle in Ordnung.“

„Das höh die Freude noch mehr.“

„Ja, ja,“ lachte der Mann. — „Na, Glück zu, und laßt euch gut gehen!“ Er fuhr davon.

Restitalo aber rief ihm noch nach: „Schick mir nur einen Brief, wenn dich auch nach Reichtum gelüftet — du kommst doch nochmal hinterdrein!“

„So muß mans machen!“ dachte Utela. Seine Seele begann sich wieder gegen Restitalo zu empören. Obwohl er andererseits den Mann bewundern mußte, der so anführte, beherrschte und die in Niedergeschlagenheit versinkenden Gemüter im Zaume hielt.

„Was ist denn dabei?“ es ist ja recht so — aber weshalb sagt er mir nichts, weshalb hält er auch mich im Zaum?“

Es war auf der letzten Straße fortwährend langsam hügelan gegangen. Jetzt hörte der Wald auf, der Weg machte eine Biegung, und vor ihnen breitete sich plötzlich eine kleine tavastländische Dorfschaft aus.

Sie machten alle Halt — nur das Vieh setzte aus eigenem Antrieb seinen langsamen Trott fort.

Das Dorf war altbekannt, aber es hatte nie so schön und ernst jederlich ausgehoben wie jetzt.

Zu der Mitte schlängelte sich der gelbbraune Weg zwischen Feldern und Hügeln hin, wie wenn er nach einer erlaubten Bahn für sich suchte. Zu beiden Seiten wimmelte es von grauen Stangenzäunen. In ihrem Bereich liefen die lockeren, dick mit Humus überzogenen Ackerbeete, die einen in langen Streifen bis an den Waldrand, die andern von kleinen Erhebungen nach allen Himmelsrichtungen auseinanderstreuten, manche lüppig und grün von der jungen Saat, manche graublasse Stoppelfelder,

die dritten mäßig fett, vom Pfluge aufgerissen und mit tiefen, keilförmigen Gräben, die noch von den Spatenstichen glänzten. Sie alle wurden beherrscht von roten oder grauen Gehöften — am Waldrand, an der Landstraße, auf Hügeln inmitten der Felder. Hier und da auf den Ackerbuden eine einsame Kiefer oder ein großer Steinblod, von Wacholderbüschen umgeben, noch öfter eine graue Scheune oder ein rotes Giepelwerk.

Niemand sprach, sogar Restitalo schien bewegt. Wortlos schritten sie langsam auf die Ebene hinab.

Utela konnte sich nicht ablenken, daß ihm noch zu Mutte ward. Er mußte selber nicht, was er eigentlich wünschte — es war nur während des langen schweigenden Hinsehens entstanden, das die Äuere, die Beete und Gräben, die Bäume, Steine und Scheunen, die Gehöfte mit den rauchenden Schornsteinen oder den feise qualmenden Kornbänken, das Leben des ganzen Dorfes umfaßt hatte.

Und als er nun, ganz hinten gebückt, die in einem ziemlich langen Zug den Hügel hinabziehenden Schafe und Kühe mit ihren Treibern, den Wagen mit seinen Inassen und dem nachlaufenden Pferde sah, da konnte er nicht mehr gegen das Gefühl des Augenblicks ankämpfen.

„Dies ist doch merkwürdig,“ sagte er, zu den anderen kommend, mit bebender Stimme. „Wie wenn man Abraham und Lot wäre und ins Land Kanaan wanderte.“

Restitalo Mundwinkel verzog sich zu einem verzögerten Lächeln, weil auch Utela einmal einen biblischen Vergleich gebrauchte. Er wandte sich zu ihm:

„Und beiden ging es wohl und ihrem Volke — wie sie auch Männer und Gebrüder waren untereinander!“

Utela schwebt ein beifühendes Wort auf der Zunge wegen dieses Mißglücks und des fromm süßlichen Tones, in dem er ausgesprochen wurde. Aber sein eigenes Gefühl war so wahr und feierlich, daß er seinen Aergers hinunterstufte und nichts erwiderte.

Restitalo dagegen redete umso mehr. Er begann breit davon zu erzählen, von welcher Art Savolar war und wie es dort aussah.

„Du flunzerst!“ dachte Utela ärgerlich. „Ich habe nichts dergleichen gesehen. — Obwohl: ich weiß, worauf du hinauswilst!“

Auch die anderen hörten kaum noch mit halbem Ohre zu — es hatte sie dasselbe Gefühl erfaßt wie Utela.

„Seht mal, was für eine prächtige Saat!“ — „In Arvola ist eine neue Glaslaube gebaut worden! Haben sie dort im Sommer Blumen?“ — „Ausrufe und Gebanten kreuzten einander. Alles war so schön und lieb, daß es nirgends feinesgleichen gab.“

Am Tore eines nach links abbiegenden Zaunwegs wuchs eine große Fichte, die als Gatterpflanze diente.

„Halt mal einen Augenblick!“ rief der älteste Sohn, das Leitseil des Ochsen Hanna zuwerfend. Er selbst eilte zu der Fichte und schlang jugenhaft ausgelassen seine beiden Arme darum. — Die Hände erreichten sich nicht.

„Komm mal, Kalle!“ rief er seinem Bruder zu. „Ob wirs wenigstens zu zweien fertigbringen.“

Der jüngere Bruder kam erheitert herbeigelaufen.

Es brauchte jedoch nicht so viel, um den Baum zu umspannen. Aber sie mußten immer weiter, wie wenn sie die alte schrundige Fichte heimlich umarmten — während die anderen lächelnd zusahen.

„Solche Kerle wachsen nicht überall!“ rühmte Viktori.

„Nein, so eine Fichte am Gatter ist doch was Prächtiges!“

„Hinter dem Pferdefall von Arnola steht genau so eine!“ rief Hanna, mit der Hand dorthin deutend.

„Und dort — seht ihr? Es gibt doch prächtige Fichten in Tavastland!“

Die mußte man jetzt alle verlassen.

Und dahinter dämmerte, durch Lutelas Vergleich emporgehoben, der geheimnisvoll lastende, schicksalshwangere Hintergrund der Reise. Nur von den Männern Gottes, von Königen und Helden hatten sie gelesen, daß sie solche Pfade wanderten, nie von häuerlichen Menschen und nicht wegen solcher Dinge.

Sie wanderten sie jetzt . . .

(Fortsetzung folgt.)

Vom Lebensrade zum Kino

Wie alles aus winzigen Anfängen wurde, so auch das Kino, dessen technische Vollendung wir heute bewundern. Als solches ist das Kino noch jung, doch hat es seit den Anfängen, aus denen es wurde, jetzt eine hundertjährige Geschichte hinter sich.

Aus dem „Lebensrade“ wurde das Kino, dieser oben offene Zylinder, der sich um seine Achse dreht und Säulchen zum Betrachter des innen angebrachten Bildschirms entläßt. Ein und wieder finden wir dieses Lebensrad noch heute. Den Väter unter uns ist es aus der Jugend bekannt. Dieses Lebensrad erfand Plateau in Brüssel 1822. Ein folgendes Jahre aber gab er seine Erfindung erst bekannt. Einen Namen gab er ihr noch nicht. Erst als der Handel das Lebensrad auf den Markt brachte, ließ Plateau es unter dem Namen „Phantasmoskop“ oder „Phantastop“ herstellen und verkaufen.

Dieses Lebensrad wieder hat auch noch eine kurze, aber komplizierte Vorgeschichte, die bis in das Jahr 1825 zurückführt. In der „Annotedmit“ berichtet R. Paul Liejeang über diese ersten Experimente. Ein J. M. schrieb über sie in einer Londoner Zeitschrift. Dem Verfasser waren die Zerrbilder aufgefallen, die auftraten, wenn man das Speichenrad eines rasch fahrenden Wagens durch ein Gitter hindurch beobachtete. Diese Erscheinung wurde dann von Regal in London weiter geprüft und besonders von dem großen englischen Naturforscher Faraday, auf den dann Plateau wieder zurückweist.

Unabhängig von Plateau aber hat auch ein Wiener sich mit den ersten Versuchen beschäftigt und das Lebensrad konstruiert, Simon Stampfer. Er hat auch ein österreichisches Privileg für seine bald im Handel erscheinende optische Zaubererscheinung erhalten. Stampfer war Proletarierkind. Er stammte aus einer armen Tagelöhnerfamilie in Tirol. Er wurde dann Lehrer und starb als Professor am Wiener Polytechnikum (heute

technische Hochschule). In einer Lebensbeschreibung, die über Stampfer geschrieben wurde, fanden die optischen Zaubererscheinungen“ jedoch nur nebenbei Erwähnung. Man ahnte damals nicht, wieviel einen bedeutungsvollen Keim diese Erfindung darstellte, welche Entwicklung diesem Lebensrade in der Kulturgeschichte bevorstand.

Theater und Musik

Badisches Landes theater

Uda. Troisdorf. Badische Landes theater auf unserm Spielplan steht, tut Frau Hofmann-Brewer den Kreis umher nicht den Gesellen und Jungt ihnen einmal Ammeris. Die Ministerin erscheint höchst selten auf dem Plan und wenn sie einmal angeht, so sagt sie ab. Hoffentlich genügt sich Frau Hofmann-Brewer bald an unser Klima. Wir müßten aus Darmstadt Urlaub beschaffen. Frau Baumelster-Jahns hat hier die Ammeris-Rolle schon einmal mit großer Macht und Kraft duragespielt. Auch diesmal wieder. In der Titelrolle gastierte Frau Dr. Solcher vom Weinger Stadttheater auf Verpflichung. Wie bei ihrem letzten Auftritte hat sich auch diesmal gezeigt, daß die Stimme der Künstlerin wohl etwas klein im Format ist. Die dem geringen Umfang über aber doch so viele wertvolle Eigenschaften gegenüber, die genügend Gewicht besitzen, um eine Balance herzustellen. Frau Dr. Solcher hat eine treffliche Schule, ganz besonders eine sorgliche Atemführung, wie man sie selten bei Bühnenkünstlerinnen antrifft. Dann bekommt man bei ihr ein geschmackvolles Szenario zu hören, bei dem feilliche Akzente mit durchsichtig. Zu der Höhe, wie man an dem Schlußduett beobachten konnte, zeigt die elastische Stimme eine besonders weiche Klangfülle. Die Aussprache ist äußerlich wohl gepflegt und männlich. Das Spiel der Künstlerin zeigt fortwährend Temperament und vor allem Intelligenz. Frau Dr. Solcher weiß mit weicher, feiner Note ihr starkes dramatisches Empfinden zu verfeinern. Das sehr gut bewußte Haus brachte den Ausdeutungen des Herrn Generalinspektors Wagner hellste Interesse entgegen. Verdi liebt Wagner. Er betont kräftig, daß die glänzenden Stellen des Wertes, weiß aber auch den Vätern einen subtilen abgeklärten, jung und vornehmlichen Ton zu geben. Herr Wagner ist jeweils bemüht, auch das scheinbar Nebenbedeutende ans Licht zu bringen. Die glühende, nach jeder Seite hin gewandte, überlegene, großzügige Verleibung der Uda-Partitur fand im Hause lebhaften Beifall.

Landes theater. Die nächste Aufführung des neu einstudierten ersten Teils von Goethes „Faust“ am Freitag, 23. Januar, findet für die „Volksbühne“ statt, lediglich der 1. Akt in dem Verkauf freigegeben. Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr. Die erste Wiederholung des historischen Schauspiel „König Richard der Dritte“ von Shakespeare erfolgt am Samstag, 24. Januar. Im Königreich geht am Sonntag, 25. Januar, das Schauspiel „Das Glorische“ von Eugene Scribe (1791 bis 1861) in einer neuen Bearbeitung von Otto Schwanen-Dornstadt neu einstudiert zum erstenmal in Szene. Die nächste Aufführung befindet sich der Schwanen „Liebestrank“ von Frank Wedekind und Ernst von Wolzogen. Der arme Teufel in Vorbereitung. Für die Festspielzeit ist eine Konzeptionsstudie von Weitzons unverwundlichem „Lumpenprologandus“ geplant.

Die bereits bekannt gegebene, findet nach langjähriger Pause am Sonntag, den 23. die erste Aufführung der neu einstudierten komischen Oper von Peter Cornelius „Der Barbier von Bagdad“ statt. Die Wiederholung des Wertes soll zunächst der Erinnerung an den 100. Geburtstag und 50. Todestag des Meisters gewidmet sein, dann aber auch zahlreichen Wünschen der Operbesucher nachkommen. Die Hauptpartien sind besetzt mit den Damen Herr und Hofmann-Brewer (Wenzel alterierend) sowie den Herren Venturo, Peters, Barth und Dr. Bucherpienig (Hilspartie). Die musikalische Leitung hat Staatskapellmeister Lorenz, die Inszenierung liegt in den Händen des Oberregisseurs Wulffard. Der Oper folgt die Eröffnung der Ballettantomime „Pierrots Sommerabend“ von Hermann Koppel, dem bekannten Komponisten der hier zur Aufführung gebrachten Oper „Meister Guido“. Das Ballett wurde an der Staatsoper in München mit großem Beifall aufgeführt. Es wird hier von Wini Lönne einstudiert; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schöppe inne.

Herr Theo Straß von der Staatsoper in Dresden wurde nach seinem zweimaligen Gastspiel als Kammersänger und Pianist für die kommende Spielzeit als Heldentenor verpflichtet.

Konzerte und Vorträge

Lauten-Abend Elise Laura von Wolzogen. Der Konzertdirektion verdient Anerkennung für die Vermittlung dieses Abends, der eher Kunst gewidmet war. Mit einer aufmerksamen, bereitwillig empfangenden Zuhörerschaft war am Dienstagabend der große Saal des Künstlerhauses angefüllt. Elise Laura von Wolzogen ist eine sehr sympathische, interessante und verblüffend ausdrucksvolle Lautenspielerin. Ihre schlichte, natürliche, jedem gefühlvollen abgebe Tongebung und die so einfaches, aber voller Lebensweisheiten stehenden Lieberleerte unterhielten das Publikum belien; sie versteht es, die Zuhörer mit fuggeliver Kraft an sich zu fesseln und damit begeisterte Begegnungen zu schaffen. Meisterhafte Mimik, glänzende Lautenbehandlung und sinnigste Sprechweise offenbaren sich in allen nur denkbaren Männen, die die reizenden Siedchen erfordern. Alle Darbietungen waren so ein hoher Genuß. Die Künstlerin wurde mit Recht gefeiert und verband sich bereitwillig zu Beigaben.

Bücherschau

Sämtliche hier verzeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Alsterstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

„Der Autofahrer“, Ratgeber für Automobilbesitzer, Berufs-fahrer und solche, die sich dem Chauffeur-Berufe widmen wollen. Geheftet, 1.-. Autotechnischer Verlag, W. Michaelis, Ing., Kiel. — Das Büchlein behandelt im ersten Teil alle den Autofahrer angehende Fragen, die sowohl für Autobesitzer als auch für Berufsfahrer von Wichtigkeit sind; anzusetzen werden denjenigen, die Chauffeur werden wollen, gute Nachrichten erteilt und Auskunft über Ausbildung, Prüfung usw. gegeben. Im zweiten Teil werden Neufahrer aus dem Autogebiet gebracht und durch Abbildungen dargestellt.

Karlsruher Chronik

* Karlsruhe, 23. Januar

Geschichtskalender

23. Jan. Der englische Schriftsteller Charles Kingsley in Ebersole. — 1889 Der französische Maler Gustave Dore in Paris. — 1922 Der Dirigent Arthur Nikisch in Leipzig.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Bezirk Oststadt: Freitag, 23. ds. Mts., abends 1/8 Uhr, im Lokal „Zur Krone“ Zusammenkunft aller aktiven Kameraden (einschließlich Jugend). Erscheinung ist Pflicht. — Sonntag, 25. Januar, vorm. punkt 1/9 Uhr, Ausmarsch sämtlicher aktiven Kameraden (hauptsächlich Jugend). Sammelplatz Tullaschule. Erscheinung aller unbedingt notwendig. Rückkunft zwischen 12 und 1 Uhr. Mündlich weiter verbreiten.

Karlsruhe die teuerste Stadt

Nach der neuesten Aufnahme vom 30. Dezember ist Karlsruhe mit einer Teuerungszahl von 124,21 an die Spitze der teuersten Städte, soweit sie die Kosten für die Kostenhaltung geben, getrieben. Dann folgen Hagen und Solingen. Für Mannheim beträgt die Teuerungszahl 119,22, für Ludwigshafen 112,53.

Ob hieraus die Unternehmer und insbesondere ihre Syndikats bei Lohnverhandlungen die nötigen Konsequenzen ziehen? Oder besteht bei ihnen noch wie vor die Parole: Man läßt die Arbeitslosen weiter hungern!

Rapide Entwicklung der Gartenstädte

Wer die beiden letzten Sitzungen des Karlsruher Bürgerausschusses verfolgt hat, der wird wohl wahrgenommen haben, daß die Frage „Die G l a s h a u — Die S o d a h a u“ eine große Rolle gespielt hat. In Wirklichkeit besteht es gar nichts anderes, als das eine große Anzahl der Karlsruher Stadtväter und Stadtmütter, vorwiegend aus bürgerlichen Parteien, Gegner des Flachbaues, also der Siedlungen, wie sie die Gartenstädte darstellen, sind. Man will also auch weiterhin die Menschheit in große Mietstadien zusammenpacken, sie der Ausbeutung des Häufleralters überlassen und so das futuristische Wohnen der arbeitenden Masse auch weiterhin fördern. Der Siedlungsplan, dessen Verwirklichung nach der Reichsverfassung zu unterstützen ist, wird mithin sehr stark sabotiert.

Aber alle die Kräfte, die den Flachbau ablehnen, sind doch zu schwach, um den Siedlungs- und Gartenstadtdenken entgegen zu stehen. Der Siedlungs- und Gartenstadtdenke macht sich, so nicht nur der Gedanke an sich, sondern überall entfalten sich die Gartenstädte rapide vorwärts. Während noch vor sehr Jahren alle Sonderlinge betrachtet wurden, die in Gartenstädten Wohnungen nahmen, ist dies jetzt jedoch anders geworden. Wohl hört man auch hier und da noch, abfällig Bemerkungen über die Gartenstädte, aber sie haben weder der Idee noch der Vorwärtsentwicklung dieser Siedlungen.

Auch die Gartenstadtsiedlungen in Baden haben wie die übrigen im Reich eine recht gute Aufwärtsentwicklung genommen, insbesondere kann dies von denjenigen in Karlsruhe und Mannheim berichtet werden. Die Gartenstadt in Mannheim, die wir zuerst erwähnen wollen, wurde im Jahre 1912 gegründet und hatten sich in etwa 160 Menschen angesiedelt. Die Zahl dieser „Sonderlinge“ hat sich aber im Laufe der folgenden 12 Jahre auf circa 3000 erhöht, so daß die Gartenstadt Mannheim sich zu einer reinen Stadt entwickelt. Sie hat sich in ihren Lebensverhältnissen schon soweit auf eigene Füße gestellt, daß sogar ein Arzt dorten und auch die Schaffung eines geistigen Mittelpunktes vorwärts geschritten ist. Zum Träger dieses Bestandes machte sich der Mannheimer Gartenstadts-Komitee und man ging zum Bau eines eigenen Vereines über. Das nun fertiggestellte Gebäude mit noch anderen sich um einen Platz gruppierten wichtigeren Bauten soll der Mittelpunkt der Gartenstadt werden. Im Gebäude selbst befindet sich eine Bibliothek und weiterhin beschäftigt man sich mit dem Plan, noch einen Saal zu bauen, der 800 Personen fassen kann. Die Gartenstadt Mannheim befindet sich, wie der „Volkswille“ zu entnehmen ist, in ständigem Ausbau und der Gedanke der weiteren Selbstständigkeit des Gemeinwesens, wie die Errichtung einer Schule, tritt ebenfalls in den Vordergrund.

Aber warum denn nach Mannheim die Blicke wenden, wo wir doch auch in Karlsruhe ebenfalls zwei Gartenstadtsiedlungen besitzen. Es sind sogar mit der Hartwaldsiedlung deren drei. Die älteste davon, die Gartenstadt Ruppurr, hat sich wie ihre Schwester in Mannheim prächtig entwickelt. Die ersten Häuser wurden im Jahre 1912 bezogen und zwar heute damals die Zahl der Einwohnenden 42, während es beläuft sich auf 359, von denen vor dem Kriege 200 und nach auch die Gartenstadt Ruppurr zu einem größeren Gemeinwesen, ja geradezu zu einem kleinen Städtchen entwickelt. Und wenn Mannheim nun in der schwierigsten Lage ist, ein Versteck zu besitzen, so kann von der Gartenstadt Ruppurr behauptet werden, daß hier der Gedanke der Errichtung eines „Volkswillens“ sehr lebendig ist. Auch überbringt die Ruppurrer Gartenstadt zwei Acker, eine Apotheke, ein Kurs- und Rationalwarengeschäft, sowie verschiedene Handwerksbetriebe, wie Schreiner, Schlosser, Schneider usw. Die Errichtung einer Filiale des Lebensbedürfnisvereins dürfte ebenfalls in nicht allzu ferner Zeit verwirklicht werden. Geht die Entwicklung weiter, so wird die Frage des Baues eines Schulgebäudes für die Gartenstadt ebenfalls spruchreif werden. Die Bewohner der Gartenstadt haben auch allen Grund, die Frage in nächster Zukunft zu verifizieren, denn wie man hört, soll man sich raschen, im Weiskirchener Gebiet ein Schulgebäude zu errichten und einen Teil der Gartenstadtschüler, sowie von Klein-Ruppurr in diese Schule einweisen. Die Entwicklung der Gartenstadt ist somit einleuchtend. Die Errichtung einer eigenen Schule in der Gartenstadt die einzig richtige Lösung sein kann. Die Schulbehörde und die Stadtvormerkung werden gut tun, nach dieser Seite hin sich einzustellen.

Aber nicht nur die Gartenstadt Ruppurr befindet sich in erfreulicher Fortentwicklung, sondern auch die jüngeren Siedlungen in Grünwiese und im Parkwald machen ganz rasche Fortschritte, jedoch mit Stolz gefolgt werden kann: der Gartenstadtdenke macht sich, der Flachbau gewinnt immer größere Beliebtheit von der nach besserer Wohnkultur und nach Licht, Luft und Sonne sich sehnen Menschenheit. Müssen die Gegner des Flachbaues, mithin also der Gartenstädte, sich belächeln, noch so sehr am Werke sein, die Entwicklung werden sie jedoch nicht aufhalten können. Die Zeit arbeitet für den kulturellen Fortschritt auch im Wohnungswesen, der in den Gartenstadtsiedlungen seine reale Auswirkung findet.

X. Y. Z.

Betriebsräte

Am Dienstag, 20. Januar, fand der erste Betriebsratsabend statt, der von einer beträchtlichen Anzahl Betriebsräte besucht war. Von einigen Organisationen waren die Betriebsräte sehr zahlreich, vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband war überhaupt kein Vertreter anwesend. Kollege Koch behandelte zunächst den Aufbau des Betriebsratsystems und führte an der Hand graphischer Darstellungen den Aufwandsplan in klaren Zügen den Aufbau vor Augen. Beginnend mit dem Betriebsobmann, den einzelnen Betriebsräten, Gesamtbetriebsrat, gemeinsamer Betriebsrat, der Betriebsversammlungen und der Tarifvertretungen und Beamtenvertretungen, die die unterste Stufe im Aufbau des Rätebaus darstellt, übergehend auf den Betriebsratsrat und dem Reichsbetriebsrat unter Darlegung der einzelnen Paragrafen-Bestimmungen von dem Artikel 165 der Reichsverfassung gab Redner ein anschauliches Bild über den Aufbau. Weiter behandelte Kollege Koch die Fragen der einzelnen Arbeitervertretungen und ihren Aufgaben nach § 134h der Gewerbeordnung und dem Wahlen der gesetzlichen Betriebsvertretungen nach dem Betriebsratsgesetz und zeigte an der Hand der parallelen Dinge den Unterschied der Wahl, sowie auch den Unterschied bezüglich des Einflusses der Arbeiterkraft von damals und heute. Er behandelte ferner die Vorläufer des Betriebsratsgesetzes und führte somit die Teilnehmer in das Betriebsratsgesetz ein. Weitere Karlsruheende folgen und wäre außerordentlich zu wünschen, daß die Teilnehmerzahl noch eine weit höhere wird, wie es am Vortragsabend war. — Der nächste Kurs findet heute abend 7 Uhr im Sitzungssaal der Gartenschule (Eingang Karlsruher, hinterer Toreingang) statt.

Die kleine Geschäftswelt und die Lohnpolitik

Ein Handwerksmeister schreibt uns: Es war eine glatte Sache, wenn die bürgerlichen Parteien in der Wahlbewegung agieren und geschrieen haben, daß die Sozialdemokratie das Handwerk vernichten wolle. Nein, so ist es nicht, aber die Vernichtung der Kaufkraft der Millionen von Arbeitern ist das Grav des Mittelstandes.

Wochenlöhne für Familien, die sich zwischen 20—25 M. bewegen, stellen eine Kaufkraft von 33 Prozent der Vorkriegszeit dar. Die Hausfrau, die mit einem solchen Lohn eine Familie ernähren muß, muß auch den geringsten Vorteil im Einkauf wahrnehmen.

In Amerika z. B. verdient ein Metallarbeiter 30—35 Dollar = 120—140 M. die Woche, unter ungefähre gleichen Lebenshaltungskosten wie in Deutschland. Ein Beweis dafür, daß das Wort: Konsumvermögen gegenüber dem Ausland kein Argument für den Lohndruck abgibt. Im Gegenteil: Hier liegt eine in der Geschichte noch nie dagewesene Profitrate der Industrie-gewaltigen in einem vorantizipierten Lande vor. Die hieraus resultierende ungeheure Kapitalakkumulation dieser Kreise vermindert auch das Einkommensniveau, dieses kann sich nach und nach als Reparaturwerkstätte halten.

Ich rufe meinen Kollegen allen zu: Heraus aus der politischen Lethargie. Unsere Interessen sind nicht identisch mit schwarz-weiß-rot; diese wollen die kleine Geschäftswelt zu Kolonialisten machen. Unsere Lage ist schon drückend genug, sie wird vergrößert, wenn den Schwarz-Weiß-Noten gestimmt, die Kaufkraft der breiten Schichten noch mehr zu verringern. Die schwarz-weiß-rote Politik ist seit Kriegsende systematisch auf die Vernichtung des deutschen Mittelstandes, des Mittelstandes, eingestellt. Diese Heubo-Patrioten kämpfen rücksichtslos für ihre alten Vorrechte. Die Republik kann sie ihnen nicht mehr einräumen, weil Deutschland durch ihre kurzzeitige linke Ankerpolitik den Krieg verloren hat und dadurch verarmt ist. Sie rufen sich nun an den Arbeitern und vernichten den Mittelstand.

Ihr kleinen Geschäftswelt und Arbeiter! Diejenigen um Sinnes, als die Schwarz-Weiß-Noten, und die Nutznießer der Zinsaktion und haben dabei noch die Freiheit, von Volksgemeinschaft zu reden. Nein, ihr kleinen Geschäftswelt und Arbeiter, werdet ihr in der Tat Volksgemeinschaft, Schwarz-Weiß-Not aber ist Massengemeinschaft!

Unsere Forderungen

Der Hilfsbund der Glas-Lotharinger im Reich schreibt uns: Geschäftsführender Vorstand des Hilfsbundes für die Glas-Lotharinger im Reich und die vom Reichstrat in Würzburg eingeleitete Entschädigungskommission haben in einer in Berlin am 11. und 12. Januar 1925 stattgefundenen Sitzung zu den Fragen der Entschädigung Stellung genommen und nach erfolgter Beratung folgende Forderungen aufgestellt, die dem Herrn Reichspräsidenten, der Reichsregierung und dem Reichstag übermitteln werden:

1. Gleiche Entschädigung für die verdrängten Grenz- und Auslandsdeutschen wie für die Rhein- und Ruhrflüchtlinge und Wiederherstellung der sonstigen im Verdrängungsabkommensgesetz vom 28. Juni 1921 in bestehenden Umfang gewährt und durch die Rohrerordnung vom 28. Oktober 1923 außer Kraft gesetzten Entschädigungen. Den verdrängten Grenz- und Auslandsdeutschen wird für Hausrat nur eine Höchstentschädigung von 1250 M. für Veräußerungsgewinne eine solche von 1500 M. und bei beiderseitigen Zusammenstößen dieser Schadensarten eine Höchstentschädigung von 2000 M. gewährt. Dagegen wird den Rhein- und Ruhrflüchtlingen ohne Rücksicht darauf, wieviel von ihrem Hab und Gut gerettet haben, bis 5000 M. eine volle Entschädigung und darüber hinaus vorläufig 75 Prozent, und zwar in der gewährt, ohne irgend eine Höchstgrenze festzusetzen. Aus politischen, sozialen und moralischen Gründen ist diese unterschiedliche Behandlung untragbar. Sie muß nicht nur zu einer maßlosen Erbitterung führen, sondern auch jedes Rechts- und Staatsgefühl untergraben.

2. Es ist recht müssen diejenigen verdrängten Grenz- und Auslandsdeutschen voll entschädigt werden, deren Vermögen liquidiert worden ist und deren Liquidationserlös dem Reich gutgeschrieben wurde. Die bisherige Entschädigung von 2 bzw. 3 M. für je 1000 M. verlorener Friedenswertes des Eigentums bedarf keiner weiteren Ausfüllungen.

3. Da das Reich erklärt, zur vollen Entschädigung zuzusetzen in der Lage zu sein, ist den verdrängten und liquidierten Grenz- und Auslandsdeutschen ein schriftliches Anerkenntnis über die Höhe des Reichs zu erzielenden Schadens auszustellen. Der Zeitpunkt und die Art und Weise der Entschädigung bleiben vorbehalten. Es wird außerdem die sofortige Verteilung von Mitteln in einer solchen Höhe verlangt, daß damit der größten Not getrieben und die Wiedererrichtung der zusammengebrochenen Existenzen ermöglicht werden kann. Es wird erwartet, daß Reichsregierung und Reichstag endlich die unerträgliche Entschädigungslosigkeit für die vertriebenen Grenzlands- und Auslandsdeutschen auf eine Grundfrage stellen, die mit dem Ansehen des Reiches und dem Gedanken einer gleichen Behandlung aller Deutschen verbindlich ist.

Weiter können wir mitteilen: Dem süddeutschen Drängen der Geschäftswelt, zu deren energischsten Wortführer sich der Hilfsbund für die Glas-Lotharinger der Regierung gegenüber machte, hat bei dieser Gelegenheit die Regierung entgegenkommen gefunden. Seit kurzem finden Verhandlungen zwischen Reichsfinanzministerium, dem Reichsentschädigungsamt und den Interessentenverbänden statt, die zum Ziele haben, eine Lösung zu finden, nach der ein bestimmter Betrag unter die Geschäftswelt als eine Erweiterung ihrer Entschädigungen verteilt werden könne. Diese Erweiterung der Entschädigung ist als eine Zwi-

schlenaktion gedacht, die die zu ergreifenden Maßnahmen zur endgültigen Regelung der Entschädigung nicht beeinträchtigt. Weihen aus dem Härtefonds, Darlehen und Unterfügungen an Gewerbe und Erwerbsfähige gehen darüber hinaus weiter.

(1) Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Landrat Schabbe. Wie Blättermeldungen zu entnehmen ist, wurde das gegen den hiesigen Amtsvorstand Landrat Schabbe eingeleitete Disziplinarverfahren, weil die Frau eines Amtsbieners zur Aufwahrung eines Essens für einen Gefangenen im Amtshaus die Gasleitung im Vorraum des Klosets benutzt hatte, als völlig ergebnislos eingestellt, da es die völlige Schuldschuldigkeit des Landrats Schabbe ergeben hat.

(2) „Jugendbursen und Burg Ludwigshafen.“ Ueber dieses Interesse erheischende Thema ließ am Mittwoch abend die Ortsgruppe Karlsruhe „Badischer Jugendherbergen“ Herrn Guno Marten in einem Vortrag mit Lichtbildern in dem heimischen Härtel der Techn. Hochschule sprechen. So alt wie die eigene Bewegung der Jugend, so ist wohl auch der Gedanke, Burg als Zentralpunkt des Eigenlebens zu erwerben und zu Aufstufungsstätten und Jugendherbergen im großen Stil auszubauen. Die Erfolge verprechenden Anfänge der verschiedenen Jugendbünde vor dem Kriege, denen als Leitlinie ein romantischer Sehnsuchtszug zu Grunde lag, hatte dem „Verband der Jugendherbergen“ schon gute Vorarbeit geleistet. Es wurden in den Nachkriegsjahren an vielen herrlichen Naturplätzen Deutschlands von den sich der Natur freudigen Wandervereinigungen und Jugendbänden Burg in malerischer Umgebung teilweise ganz erworben oder ein bestimmter Teil dieser zahlreichen gewaltigen Steinbauten aus vergangenen Tagen gepachtet und zu Jugendherbergen ausgebaut. Im einige herauszuheben, erinnern wir an Burg Altensand, an die Schloßburg im Wuppertal, Burg Schellenberg, die große Burg Bohenstein im sächsischen Erzgebirge, die Leuchtenburg in Thüringen usw. Es war eine eindrucksvolle Konturzeichnung, die der Redner gab, und die einen ungefähren Begriff vermittelt, wo die Jugend überall aufkommen kommt. Im meisten Teil des vollen Anerkennens verlebendigen Vortrags integrierte Herr Marten das aufmerksam laufende Publikum über den Zustand der Burg Ludwigshafen bei der Uebernahme durch die Jugendherbergengemeinschaft und sein keiliges Aussehen. Für eine ideale, lichte junge Menschen beiderlei Geschlechts haben in unerschrockenem Eifer ihr eigenes Heim von Grund auf aufgebaut und werden sich mit der Zeit ein respektvolles Sinnbild ihres Wollens und Handelns schaffen. Ludwigshafen, von der Verma umflossen, sieht jeden Vorüberziehenden durch seine Schönheit, seine eigenartigen Reize in Bann. Die sehr guten photographischen Aufnahmen ließen ein abgerundetes Bild über die Tätigkeit auf der Burg klar vor dem geistigen Gesicht erscheinen. Aber, wie überall, trotzdem hier der allergrößte Teil der Ausbesserungs-, der Aufbaubarbeit unentgeltlich geleistet wird, ist doch immer viel Geld zur vollkommnen Herrichtung des Ludwigshafens als große Jugendherberge nötig. Welche Leute wäre hier Gelegenheit geboten, ihre Reichthümer für eine große allgemeine Sache zu opfern. Einige langgestreckte Anhänger der wandernden Verbände umrahmten den Vortrag mit gut gelungenen Gefängen. Schir.

(3) Mitgliederwerbung des Verkehrsvereins. Der Verkehrsverein hat in der letzten Zeit wieder eine umfangreiche Mitgliederwerbung vorgenommen mit dem erfreulichen Ergebnis, daß weitere 70 Mitglieder zum Beitritt eingezogen sind, darunter eine große Anzahl solcher, die die Arbeit des Verkehrsvereins mehr und mehr gewirbt wird. Da auch im laufenden Jahre große Verkehrsarbeiten zu bewältigen sind und der Verkehrsverein sich ein weitgehendes Programm hierfür ausgedacht hat, so ist zu wünschen, daß seine Tätigkeit auch weiterhin in solcher Weise unterstützt wird.

Die totale Sonnenfinsternis findet am 24. Januar statt. Mittelamerika liegt noch in jenem Gebiete, das den Beginn der teilweisen Verfinsternung beobachtet kann. Die Zentralstation beginnt in 54 Grad westlicher Länge und 48 Grad nördlicher Breite, also in Nordamerika; sie endet in der Nähe der Karibikinsel im Nordatlantischen Ozean unter 3 Grad Westlänge und 61 Grad Nordbreite. Die größte Dauer der Totalität beträgt 2 Minuten 32 Sekunden. Die Finsternis beginnt um 6 Uhr 6 Minuten. In Freiburg (und damit auch mit wenigen Minuten Genauigkeit in ganz Südbaden) beginnt die Finsternis um 4 Uhr 4 Minuten nachmittags und erreicht ihren größten Betrag von sieben Zehntel des Sonnendurchmessers um 5 Uhr 6 Minuten, um 5 Uhr 12 Minuten, acht dann die Sonne unter. Der wesentlichste Teil der interessanten Naturerscheinung läßt sich also bei uns beobachten, wenn man sich einen Beobachtungsplan ausmacht, der bis zum Südwesthorizont herab völlig freie Sicht hat. Die Finsternis vom 24. Januar ist die einzige bei uns in diesem Jahre sichtbare Sonnenfinsternis.

(4) Vom Volkshor Karlsruhe-West. Wie aus heutiger Anzeige ersichtlich, wird der Volkshor Karlsruhe-West am Montag, den 26. Januar, zur Bildung einer Frauen- und Mädchenvereinsleitung schreiben. Der Verein sieht seine künstlerische Hauptaufgabe in der Mitwirkung bei den großen Choraufführungen der Volkshorakademie Karlsruhe und in der Pflege des Volksliedes. Es wird deshalb zur besonderen Aufgabe der wertvollen Vereinsleiterinnen, vor allem der Frauen und Mädchen, diesem kulturellen Chor, der seine Übungsstunden in den „Drei Linden“ unter Musikdirektor W. Eißlers Leitung hält, beizutreten. eha.

(5) Jubiläumstagen. Man schreibt uns: In den festlich geschmückten Räumen des „Friedrichshofes“ lag am 21., 22. und 23. Januar der Verband badischer Gartenbauvereine. Vor 25 Jahren wurde der Verband gegründet. Mit dieser Jubiläumstagung wird in hiesiger Kongressstadt der Verein würdevoll eröffnet. Den vielen auswärtigen Gärtnerinnen mögen die wenigen Stunden ihres hiesigen Aufenthalts eine wohlverdiente Abwechslung sein und rufen wir ihnen ein herzliches Willkommen zu.

Veranstaltungen

Kolosseum. Das letzte außergewöhnliche Programm ist nur noch einige Tage zu sehen. Ab 1. Februar ist ein ganz neuer Spielplan vorgesehen, der wieder eine Fülle artistischer Künste bringen wird.

Herren-Hüte / Mützen
Schirme / Stöcke / Schale
Krawatten / Hosenträger

Peize: Außerst günstige Kaufgelegenheit!

Theodor Zenker
Kaiserstraße 61, gegenüber der Hochschule.

Aus den Vororten

5. Grünwinkel. Generalversammlung des Fußballvereins Grünwinkel. Am Samstag, den 17. Januar, hielt der obengenannte Verein seine alljährliche Generalversammlung ab, die gut besucht war. Der 1. Vorsitzende, Sportgenosse Ludwig Brannath gab den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß das verfloßene Jahr eines der arbeitsreichsten war. In diesem Jahr wurde auch die neue Flasanlage errichtet. Besonderen Dank sprach er den amtlichen Stellen, so dem Kultusministerium und dem städtischen Tiefbauamt, aus, die den Verein bei der Bekherichtung unterstützten. Die Berichte der einzelnen Kommissionen wurden einstimmig angenommen. Die Anträge, die eingekommen waren, wurden bis auf einen Antrag genehmigt. Der Antrag betreffs Uebertritt in den Südbadischen Fußballverband wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Damit haben die Mitglieder erneut bewiesen, daß sie treu der Arbeitersportbewegung zur Seite stehen. Hierauf wurde der Vorstandschäft die Entlastung erteilt. Ehrenmitglied Herr Heiler übernahm das Präsidium bis zur Neuwahl. Die bisherige Vorstandschäft wurde einstimmig wiedergewählt. Sportgenosse Ludwig Brannath als wiedergewählter 1. Vorsitzender gab der Erwartung Ausdruck, daß sich auch dieses Jahr alle reiflos in den Dienst unserer Sache stellen. Nach einem kräftigen Appell an die Mitglieder nahm die würdige Versammlung ihren Abschluß. Die Adresse in Vereinsangelegenheiten ist Hermann Schöpf, Grünwinkel, Durmersheimerstraße, in Spiefanglegenheiten Karl Bettinger, Grünwinkel, Durmersheimerstraße 68.

Karlsruher Polizeibericht vom 23. Januar

Tob durch Herzschlag. Ein 52 Jahre alter Bürger von hier erlitt gestern abend in der Scheffelstraße einen Herzschlag und war sofort tot.
Taschendiebstahl. Gestern abend halb 7 Uhr wurde am hiesigen Hauptbahnhof ein Reisender aus Köln a. Rh. die Brieftasche mit 230 M Inhalt und verschiedenen Papieren durch unbefahnte Diebe aus der Rocktasche entwendet.
Festgenommen wurden: Ein Maurer von hier wegen Amtsnachahmung, ein Fabrikarbeiter von Lechbrunn, der vom Amtsgenossen wegen Betrugs gefaßt wurde, ferner 9 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Valuta

nach dem Berliner Mitteltkurs vom 22. Januar 1925
In Auszahlung: Belgien 21,32 M per 100 belg. Fr.
Frankreich 5,93 M per 100 franz. Fr.
Neuhort 4,30 M per 1 Dollar.
Slowakei 12,58 M per 100 Kronen.

118,18 M per 100 Kronen.
Frankreich 22,74 M per 100 franz. Fr.
Desterreich 5,93 M per 100 Kronen.
Neuhort 4,30 M per 1 Dollar.
Slowakei 12,58 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Samstag, den 24. Januar: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstand des Rheins

Schiffertitel 24, gef. 1, Reich 142, gef. 2; Ragan 304, gef. 2; Mannheim 184, gef. 4 Zentimeter.

Aus dem Lande

Durlach
§ 218. Unter dem Verdacht angeblich gewerkschaftlich betriebener Abtreibung wurde hier, wie wir hören, ein verheirateter Arbeiter, Vater einer starken Kinderfamilie, verhaftet. Ob diese Verhaftung mit den vor einiger Zeit erfolgten Verhaftungen mehrerer hiesiger Frauen zusammenhängt, entzieht sich unserer Kenntnis. Von den damals Verhafteten sind übrigens Einige bald wieder entlassen worden. Die damals gebrauchte Mitteilung, daß auch eine Gebärmutter beteiligt sein soll, beruhte auf einem Irrtum.

Sozialdemokratische Partei. Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im „Lamm“ eine außerordentliche Parteiverammlung statt. Im Hinblick auf die besonders wichtige Tagesordnung werden die Genossinnen und Genossen, besonders aber die Mitglieder der Rathenfraktion, ebenso auch unsere Genossen von Aus um zahlreichen Besuch ersucht.

Bruchsal

Die Verlobung unseres Jugendgenossen Ludwig Zimmermann findet bereits um 4 Uhr statt, nicht erst um 3/5 Uhr.

Aus dem Stadtrat

In einzelnen in den letzten Jahren seitens der Stadtgemeinde erteilten Wohnungsneubauten fehlen noch die Einrichtungen um Schute der Fenster gegen Witterungseinflüsse; die Anträge der Mieter auf Anbringung von Fensterläden werden als berechtigt anerkannt, weshalb das Stadtbauamt Auftrag erteilt, die nötigen Anordnungen zu erlassen. — Der Zweigauschuß Baden der deutschen Jugendherbergen hat um Bewilligung eines auf den Kauf der Bevölkerung berechneten Jahresbeitrags nachgesucht; in Berücksichtigung des Umfanges, den in hiesiger Stadt eine Jugendherberge bezieht, die auf Kosten der Stadt unterhalten wird, wird das Gesuch abgelehnt. — Zwecks Beschäftigung von Kosslandsarbeitern

wird dem Stadtbauamt der für den Monat Januar bewilligte Kredit auch für den kommenden Monat gewährt. — Zur Abhaltung eines Vortrags des Professors Dr. Medefier in Karlsruhe über Multismus und Spiritismus wird dem Evang. Stadtparramt die Aula der Höheren Mädchenschule für 2. Februar ds. Js. überlassen. — Zur Ausführung einiger dringend gewordenen Instandsetzungsarbeiten an städtischen Gebäuden und in städtischen Mietwohnungen wird dem Stadtbauamt der berechnete Kredit bewilligt. — Den Anträgen der besonders eingeleiteten Ausschüsse zur Prüfung der Gesuche um Verteilung, Ermäßigung, Erlass, Erstattung und Stundung der Gebäudebesondersteuer wird stattgegeben. — Das städtische Gaswerk in Karlsruhe hat mitgeteilt, es sei in der Lage, an die Stadt Bruchsal Gas unter näher beschriebenen Bedingungen zu liefern; nach näherer Prüfung des Angebots wird von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit abgesehen. — Die Bahnsamtion II in Heidelberg hat um Erklärung des Einverständnisses der Stadt zur Verlegung der Reichsbahnbrücke bei der Saubahn Bruchsal nach Durlach nachgesucht; gegen diese Verlegung wird nichts eingewendet, wenn die von der Stadt zu stellenden Bedingungen anerkannt werden. — Das städtische Rechnungsamt hat eine Berechnung der Grundschulden vorgelegt, die auf Grund des § 14 des Gebäudebesondersteuergesetzes den mit Weißbrot aus öffentlichen Mitteln erteilten Gebäuden aufzuerlegen sind. In Betracht kommen 111 Gebäude mit 148 Wohnungen. Die Genehmigung zur Berechnung und Umlegung der Beträge auf die Gebäudeeigentümer nach Maßgabe der vom Ministerium des Innern erlassenen Bestimmungen wird erteilt. — Aus länderrechtlichen und verkehrsrechtlichen Gründen hat es sich als notwendig erwiesen, einige Alleebäume im Stadtbereich zu entfernen; so sollen entfernt werden sämtliche Alleebäume auf dem rechten Gehweg der Luisenstraße vom Bauhofmohndhaus bis zur Reichsbahn, sämtliche Alleebäume auf dem linken Gehweg der Luisenstraße gegenüber dem Postgebäude und die Platane rechts und links des Bahnhofsplatzes von der Amalienstraße bis zur Bahnhofstraße, während hier die Lindenbäume stehen bleiben sollen. Soweit sich eine Verpflanzung der Bäume als möglich erweisen sollte, wird dies geschehen.

Aus dem Abfal

Aus dem Gemeinderat Ettlingen
Zum Anschluß des Wohnungsneubaus der Alba am Drachenbühlweg an die städt. Wasserleitung wird der Bauvertrag der Leitung um etwa 30 Meter verlängert. — Um eine weitere Verbesserung der Straßenbeleuchtung herbeizuführen, sind an 30 Straßenlaternen die Lichtlampen mit neuen Gasauflampfen auszuwechseln und die Fassung derselben der Firma Gaslichtfabrik Wacker von Belom in Berlin zu ihrem Angebot übertragen. — Der Gemeinderat beschließt,

5. Bezirk Schwerathletik 17. Kreis
Sonntag, den 25. Januar 1925, nachmittags 3 Uhr im Saale z Apollitheater, Marienstr. 16
Austragung der Bezirksmeisterschaft im Stennen und Ringen um den Wanderpokal
nebst reichhaltigem Sportprogramm, Akrobatik, Gymnastik, Musierreigen.
anschließend BALL
Eintrittspreise 1 Platz 80 Pfg., II. Platz 50 Pfg. Saalöffnung 3 Uhr
Die Bezirksleitung.

Strassenverkauf auf der Kaiserstraße betr.
Auf Grund des § 366 Abs. 1 Nr. 10 Str. O. V. wird mit Zustimmung des Stadtrats und nach erfolgter Polizeiarbeitserklärung durch den Herrn Landeskommissar als § 68 der hdt. Str. O. V. nachstehende ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:
§ 68a
Händler dürfen auf der Kaiserbahn der Kaiserstraße zwischen Markt- und Hauptstraße ihre Waren zum Selbstvertrieb von Waren nicht ausstellen. Dies gilt nicht für den Verkauf von Milch und Eiern.
Die Vorschrift tritt sofort in Kraft.
Karlsruhe, den 22. Januar 1925.
D. 3. 7
Badisches Bezirksamt - Polizeidirektion c

COLOSSEUM
Täglich unter anderem ab 9.30 Uhr in seinem ASSAD Illusionsakt

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer, fow. Berufsgenossen Deutschlands
Geschäftsstelle Karlsruhe: Büro: Wilhelmstraße 47 II, Telefon 3901.
Sonntag, den 25. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal zur „Gambirushalle“, Erbprinzenstraße 30, die ordentliche General-Versammlung statt.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahr 1924, sowie Bericht der Revisoren. 855
2. Rechnungen und Wahlen der Beiratsmitglieder. 855
3. Anträge und Besondere Angelegenheiten.
Wir erwidern dringend, daß die General-Versammlung vollständig und pünktlich besucht wird.
Die Ortsverwaltung.

Wörishofener-Naturheil-Zentrale, Elberfeld
Die bekannten HUSTENMITTEL
Spitzwegerschlamm, Lungenkalksalz, Hastenbell, Asthmakuren
Allein, Niederlage für Karlsruhe: Hol-Apotheke, Kaiserstraße 201.

Todes-Anzeige.
Nach kurzem schmerzem Leiden verchied gestern abend 7 Uhr mein 18. Sohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam
Albert Gebhard
im Alter von 29 Jahren.
Am Namen der trauernden Hinterbl.
Juliana Gebhard Wwe.
Verdigung Montag nachmittags 2 Uhr von der Friedhofkapelle aus.
Trauerhaus: Luisenstr. 91, St. III.

Trauerbriefe
Liefert schnell und billig die Buchdruckerei „Volksgenoss“, Luisenstraße 24. — Telefon Nr. 128.

BERUFS-KLEIDUNG
ALLER ART
Herren-Anzüge, Sport-Anzüge, Winjacken, Bogener Mäntel, Breches-Hosen, feidgraue Hosen, Sonntags-Hosen, Manchester-Hosen, engl. Leder-Hosen, Zwirn-Hosen, Eidenjoppen, sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
offert billig

Henkels Schmierpulver
Mit Afa putzt es sich famos: Der Afa-Engel-seht doch bloß! Will es sogar dazu benutzen Dem Mond die Nase blank zu putzen! Afa putzt u-reinigt großartig!

Schlafzimmer-Bilder
Preiswert Bilder für alle Räume. Einrahmung.
Schliefers Anstalt, Karlsruhe, Kaiserstraße 28, 461.

Pfannkuch
Corned-Beef
1 Pfd.-Dose engl. 62 Pfg.
6 Pfd.-Dose engl. 3 60 M.
offen 1/2 Pfund 18 Pfg.
Pfannkuch

Baby-Camembert
ist in den einschlägigen Feinleibgeschäften wieder erhältlich. Man achte auf den Namen des Erzeugers: „H. Müller, Wernsheim“.
Verkaufsstellen werden nachgewiesen durch:
Hermann Eiders, Heidelberg
Butter- und Käsegroßhandlung
Generalvertreter für Süddeutschland

Hausfrauen aufgepaßt!
kaufen Sie sofort!
Mundin
Pflanzza
ff. Cocosbutter geschmeidig wie Schmalz.
ff. Cocosnussfett in Tafeln.
100% Fettgehalt, deshalb ausgiebig u. sparsam im Gebrauch, — Unkverrotten in Qualität und Preiswürdigkeit. — Verlangen Sie beim Einkauf zu jedem Pfund die Gratsbeigaben:
bedruckte Wäschebücher, Bilderbücher, Gesellschaftsspiele, Stidbortlagen etc.
zu haben in den meisten einschlägigen Geschäften.
Wiedervertreter beziehen durch:
Rheinisch-Fettwarenfabrik G.m.b.H.
Mannheim
Vertreter: W. A. Pieper, Karlsruhe, Telef. 2579.

Arbeiter!
Verpflichtet bei Eueren Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!

Zigarrenfortierinnen
werden sofort eingestellt
Zig.-Fabr. Dörmann
Karlsruhe-Nüppure
Langstraße Nr. 2.
Paßbilder
für Reise und Fahrkarten sofort
Offert-Photos
Billigste Preise
Photogr. Atelier
Rausch & Pester
Erbprinzenstr.
Jahre die höch. Preise am Vieh-Blase, ansgenau
Frauenhaare.
Dolar-Decker Haarhandl.

Wo?
In der Nähe-malchinen-Centrale, Werberplatz 40, Spezialgeschäft für alle Schilene, Schuhmacher-Schneider- und Saus-haltungen - Nähmaschinen laß ich meine Nähmaschine reparieren 519

Brennholz
ardene Ware, Kuchn und Lannen, in jeder Verarbeitung, liefert ab Lager und frei Keller zu billigen Tagespreisen. Die
Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
Durlacher Allee 58, Kaiserne Gottesau.
Telephon 5429, 4761.

Sport-Artikel
jeder Art preiswert und gut
Sport-Haus Brannath
Karlsruhe
Durlacher Tor.

Durlacher Anzeigen.
Brennholz-Ausgabe.
Unsere Restbestände an gemästet Schellholz, herben, solange Vorrat reicht, an jedermann (nur Durlacher Einwohner) abzugeben.
Preis: Mt. 1.50 je Stk. ab Gaswert.
Durlach, den 23. Januar 1925.
Städt. Kärlorgemeint.

Werkmeister-Bezirks-Verein Durlach.
Sonntag nachmittags 4 Uhr im Lokal
Gemütliches Beisammensein
mit Vortrag.
Unsere Mitglieder nebst Familien-Angehörigen sind hierzu mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlich eingeladen.
Der Vorstand.

Förderung des Wohnungsbaues auch im kommenden Wirtschaftsjahr städt. Baudarlehen nach Maßgabe der bisherigen Grundpläne zu gewähren und zu diesem Zweck beim Bürgerausschuss einen Betrag von 100 000 M. anzusfordern. Die Darlehensgrundpläne sollen dahin erweitert werden, daß auswärts wohnende Bauherren für Wohnungsneubauten hier, sofern sie zwei oder mehr Wohnungen erstellen, für die zweite und jede weitere Wohnung städt. Baudarlehen nach den aufgestellten Grundplänen erhalten; weiter wird bestimmt, daß die Festsetzung der Miete für alle mit städt. Baudarlehen erstellten Wohnungen im Benehmen mit dem Wohnungsamt zu geschehen hat. Der Zinsfuß für diese Baudarlehen wird von 8 auf 6 Proz. jährlich ermäßigt, wobei 4 Proz. Zins und 2 Proz. als Amortisation gelten. Diese Ermäßigung findet auf die bereits bisher gewährten Baudarlehen ab 1. Januar 1925 Anwendung.

Das Stadtbauamt erhält Auftrag, für ein Gruppenhaus von je 2 Zimmerwohnungen auf dem städt. Baugelände westlich der Karlsruhertstraße einen Plan nebst Kostenvoranschlag auszuarbeiten. — Gegen die Entwässerung des Neubauschloßes an der Lange Wingerstraße bestehen bei Einhaltung der vorgesehene Bedingungen keine Bedenken. — Die Miete für Benützung der Bühne in der städt. Festhalle kommt in der Regel und werden für das Auf- und Abhängen derselben lediglich die Selbstkosten in Ansatz gebracht; jedoch mehrere Vereine die Bühne benötigen, vereinigen sich die Selbstkosten auf mehrere Jahre. — Für das Schaus- und Werbetheater der D.A.K. am 8. Februar l. J. wird die städt. Festhalle zur Benützung überlassen. — Soweit die diesen Vereine für ihre Festlichkeiten in der städt. Festhalle die Turnhalle benötigt, ist solche auf Antrag zur Benützung zu überlassen. — Hilfsarbeiter Johann Markus Klein wird nach Entrichtung der festgesetzten Tare zum Antritt des angebotenen Vierzehnteljahres angestellt. — Der Gemeinderat erhöht den Jahresbeitrag an die Deutsche Jugendherberge, Zweigauschub Baden.

Kaffatt

Zuberkulosefürsorge Kaffatt. Der Bezirkszuberuloseauschuss für den Amtsbezirk Kaffatt, der in Anlehnung an die städtische Gesundheitspolizei als eine freiwillige, charitative Organisation geführt wird, ist in einem Zirkularschreiben an die städt. Gesundheitspolizei unsern Bezirks herangezogen mit der Bitte um Firmenbeiträge in beträchtlicher Höhe. Die Beiträge der Gemeinden reichen nicht aus, um die mannigfachen Bedürfnisse zu decken, die an ärztlicher Beratung, Röntgenbeleuchtung, Lebensmittel- und Kleiderzubehörung, insbesondere aber hinsichtlich der sehr kostspieligen Heilstättenunterbringung der Zuberulosefürsorge obliegen. Die Zahl der Zuberuloseerkrankten im Kalenderjahr 1924 betrug im hiesigen Amtsbezirk 92. Die kleinen Leute müssen mangels ausreichender Pflege, Zuberuloseerkrankung in sozialwirtschaftlich eine reine Geldfrage. Die Zuberulosefürsorge und das ist neben der Gesundheitspflege auch die Förderung zum Schutz gegen Verbreitung beginnt mit ihrer Hauptaufgabe dort, wo die der Kosten normalerweise endet. Zuwendungen von Menschenfreunden mögen gerichtet werden an den Conto Bezirkszuberuloseauschuss bei der Vereinsbank Kaffatt oder an die Ausschussmitglieder Frau Hedwig Klettner, Dr.

Aus dem Stadtrat

Ein Gesuch um Aufnahme in den badischen Staatsverband wird befürwortet. — Frau Semmerle Witwe in Wien hat der Stadt zum Jahreswechsel wiederum einen ansehnlichen Betrag für die Kranken und Kollidenden der Stadt zur Verfügung gestellt, wofür der Stadtrat seinen Dank ausspricht. Der Betrag wird der Bestimmung der Stifterin entsprechend demnächst Verwendung finden. — Im kommenden Sommer sollen wiederum 50 Kinder hilfsbedürftiger Eltern in dem Ständerehrerwohnheim auf dem Heuberg zu einer sechsmonatigen Erholungskur untergebracht werden. Der Stadtrat ist ferner bereit, Eltern, welche die Kosten dieser Unterbringung teilweise selbst bestreiten wollen, einen entsprechenden Zuschuß zu bewilligen. Diesbezügliche Aufforderung wird demnächst noch ergehen. — Für das Rechenpersonal wird die Beschaffung neuer Maße und Güte genehmigt. — In der Rauenalerstraße zwischen der Sauertraufabrik Steinweg und dem Anwesen der Firma Dehne u. Bürger sollen zwei Laternen aufgestellt werden. — Das Schulgeld für die Kleininderschule wird mit sofortiger Wirkung auf monatlich 80 Pf., das Suppengeld auf 1,20 M. festgesetzt.

Achern

Unterbezirkskonferenz. Es sei nochmals auf die am Sonntag, den 25. Januar, vorm. 10 Uhr, im alten Bahnhof stattfindende Unterbezirkskonferenz hingewiesen. Die Genossen werden um recht zahlreiche Teilnahme ersucht. Es dürften für Jeden, der Interesse an der Partei und deren Förderung hat, einige aufschätzende sowie genutzreiche Stunden sein.

Offenburg

Fachkurs für Handwerker. Das Landesgewerbeamt Karlsruhe veranstaltet in der Zeit vom 18. bis 16. Januar im Eichamt in Offenburg einen Fachkurs im Instandsetzen eichpflichtiger Meßgeräte. An dem Kurs nehmen Schlosser- und Mechanikermeister und Gesellen aus Offenburg und anderen Orten des Eichamtsbezirks Offenburg teil. Der Kurs wurde von Beamten des Eichamtsbezirks Offenburg geleitet. Vormittags wurden theoretische Vorträge gehalten, während nachmittags praktische Unterweisungen stattfanden. Der Kurs war sehr zahlreich besucht. Die Teilnehmer sprachen sich sehr befreit über das Gesehene aus. Weitere Fachkurse werden nach Bedarf abgehalten. Eine größere Anzahl Handwerker ist bereits schon für den nächsten Kurs vorgemerkt. Weitere Neuanmeldungen nimmt das Eichamt Offenburg entgegen.

Aus dem Gemeinderat Oberkirch. Der Vorsitzende erstattet Bericht über die Ausföhrung des Städtebundes am 14. Dezember in Heidelberg. — Wegen Gewährung der Laufstreckenerhöhung im Wald sind Verhandlungen mit dem Forstamt anzuknüpfen. Sofern solche möglich ist und vom Forstamt die Abteilungen bezeichnet sind, in denen die Rutzungen vorgenommen werden können, ist dem Bürgerausschuss Vorlage zu erlaten. — Die Verpach-

tung der gemeindeeigenen Wiesen auf die Dauer von 3 Jahren wird genehmigt. — Dem Gesuch der Postangestellten Weidinger und Bohnert um Ueberlassung eines Bauplatzes für ein Doppelwohnhaus an der Weierstraße (Garten beim neuen Schulhaus) kann nicht entsprochen werden, da die Gärten zunächst noch verpachtet sind und das Gelände vorläufig für städtische Zwecke noch benötigt wird. Den beiden Bauwilligen wird ein Platz auf der Fuchsmatt, die sehr vorteilhaft in Bauplätze eingeteilt ist, zur Verfügung gestellt. — Dem Postkaffner Bogt wird der noch freie Bauplatz an der verlängerten Wendenerstraße (zwischen Webr. Zippelt und Lehmann) zu den allgemeinen vom Bürgerausschuss genehmigten Bedingungen überlassen. Den Bauplatz Ecke Weier- und Stadtgartenstraße erhält der Händler Josef Sauer. — Dem Bürgerausschuss ist hierwegen noch Vorlage zu erlaten. — Die Verhandlungen der Stadtgemeinde mit dem Finanzministerium wegen Erwerbung der Domänenwiese an der Weierstraße führten zu einem negativen Ergebnis, obgleich sich die Stadtgemeinde verpflichtet hat, die einzelnen Bauplätze ohne jeden Zuschlag weiter zu veräußern. Das Finanzministerium erklärte sich bereit, Bauplätze der Domänenwiese einzeln an Bauberechtigten abzugeben; solche sollen sich mit dem Domänenamt Offenburg in Verbindung setzen. — Mit dem Richter der Gemeindejagd wurde eine neue Vereinbarung getroffen und genehmigt. — Die Mitarbeiter erhalten auch dieses Jahr die übliche Erregabe. — Einige Benennungen in der Straßeneinrichtung werden genehmigt. Mehr kann mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt nicht unternommen werden. Die Beleuchtung hier ist im Vergleich zu anderen Städten als gut zu bezeichnen. — Die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft beabsichtigt die Errichtung einer Dampolin-Pumpanlage hier bei dem Anwesen Hauptstraße 163 (Firma V. Haub) zwecks Verjorgung der Automobile und Motorräder mit Betriebsstoff. Das Benzin soll in einem geneigten bezug nachgeschickten Behälter unterirdisch eingelagert werden. Sofern die Anlage vorchriftsgemäß eingerichtet wird, hat der Gemeinderat keine Bedenken geltend zu machen. In anderen Städten wurde die Errichtung derartiger Benzinabfüllstellen bereits genehmigt.

Rechtsanw. Vereinsanzeiger Bei 5 u. mehr Seiten 30 Pf., bei 10 u. mehr Seiten 40 Pf., bei 20 u. mehr Seiten 50 Pf. (Werbungszwecke finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber mehrere vom Redaktionskomitee berechnen.)

Karlsruhe.

Arbeiter-Turn- und Sportsbund. Turnspiele im 3. Bezirk. Sonntag, 25. Jan., morgens 10 Uhr, in der „Gambriusshalle“ in Karlsruhe Bezirksvereinsfeier.

Durlach. (Sozialdem. Partei.) Morgen abend 8 Uhr im „Lamm“ außerordentliche Parteiverammlung. Tagesordnung im Lokal. 122 Der Vorstand.

Durlach. (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.) Heute Freitag abend 8 Uhr Versammlung mit Vortrag im Lokal zur „Traube“. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Pfannkuch

Eingetroffen frische Frankfurter Würstchen

Paar 1 25

Pfannkuch

Gelacht wird für sofort Haushälterin

Geschäfts-Eröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung mache ich hiermit bekannt, daß ich im Hause Kaiserstrasse 227 ein Spezialgeschäft eröffnet habe unter dem Namen

Spanischer Garten

Ich befasse mich mit dem Groß- und Klein-Verkauf direkt importierter

Südrüchte und spanischen Weinen

Ich hoffe, daß das geehrte Publikum mir hier dasselbe Vertrauen entgegenbringen wird, wie ich es mir bereits in anderen deutschen Städten erworben habe.

Juan Font

Karlsruhe Kaiserstr. 227 Tel. 630

Der frische Duft kommt ihr entgegen!



Die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ duftet appetitlich, hat ein köstliches Aroma und einen reinen, frischen Geschmack. Sie ist bekömmlich, sparsam im Verbrauch und hat sich in der Küche beim Backen, Braten und Kochen bestens bewährt.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband frisch gekernt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige Illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei „Volksfreund“

Resi-Lichtspiele

Freitag bis einschl. Donnersag „Nur Erstaufführungen“

Winterstürme

Großes Drama aus dem Hochgebirge in 5 Akten.

Wundervolle Naturbilder Hauptdarsteller: Glänzende Darstellung

H. A. v. Schlettow
Carl Auen Carla Collin

Tollkühne Jagden

Streitzüge in Somaliland in 4 Akten.

»Resi« Waldstrasse



Wie kriegt ich bestimmt Erdal?
Wie täusche ich mich nie?

Verlange Erdal mit dem Frosch Das ist die Garantie!

Erdal für die Schulpflege

Pfannkuch

Neue Holländer Vollfett-Heringe

12 Pf.

Norweger Heringe

10 Pf. und 20 Pf.

Pfannkuch

Ausnahme Angebote!

Glaswaren

Kompottschüsseln Satz (8 Stück) . . . 1.25
 Kuchenteller . . . 1.25 0.95
 Butterdosen . . . 0.75
 Kompotteller . . . 0.10
 Faßbecher . . . 0.20
 Sturzflaschen mit Becher 0.55

Steingut

Milchtöpfe weiß mit Schrift
 1/2 3/4 1 1 1/2 l
 0.55 0.65 0.75 1.10
 Milchtöpfe Zwiebelmuster
 1/2 3/4 1 1 1/2 l
 0.65 0.75 0.95 1.25
 Fleischplatten glatt
 23 27 32 35 cm
 0.30 0.40 0.60 0.85
 Gemüseschüsseln oval
 15 17 19 24 cm
 0.25 0.30 0.40 0.65

Emaille

Waschschüsseln weiß 1.45 1.25
 Milchtöpfe grau
 1/2 3/4 1 1 1/2 Liter
 0.35 0.50 0.65 0.75
 Kaffeekannen dekoriert, m.
 kl. Fehlern, 1 1/2-2 Liter . . . 1.45
 Schüsseln weiß, rund o. viereckig
 23 25 27 37 cm
 0.40 0.45 0.50 0.60
 Kasserollen
 mit Stiel . . . 0.95 0.80 0.70

Porzellan

Kinderlinsen m. Blumendek. 0.35
 Kaffeetasse
 weiß, mit Unterlasse . . . 0.35
 Teetasse
 weiß, mit kleinen Fehlern 0.20
 Garnitur bestehend aus
 2 Dosen, Kaffee, Zucker
 2 Dosen, Kakao, Tee mit
 Nickerlöffel u. Blumendek. 7.50
 Kaffeeservice
 steilig, neue Dekors . . . 4.50

Holzwaren

Messerkasten 2 teilig . . . 1.25
 Salzfässer (2 Pfund) . . . 1.20
 Spatzenbretter . . . 0.60 0.50
 Schneidbretter . . . 1.25 0.95
 Löffelhalter 0.95
 Rollschildecken gemustert
 26x25 32x36 48x42
 Stück 0.16 0.28 0.40

Blechwaren

Fleischsiebe . . . 0.75 0.55
 Universalsiebe mit 8
 Böden 1.45 1.25
 Auflaufformen . . . 0.95 0.55
 6 Gewürztonnen Rosen od.
 Delftdekor mit Gestell . . . 2.75
 Sand-Seife-Sodagarnit. 1.95
 Brotkörbe rund, Japanermust. 0.95

SCHMOLLER

Zwangsvollstreckung
 Freitag, den 23. Jan.
 1925, nachmitt. 2 Uhr,
 werde ich in Saal 20,
 im Pandolaf Steinstr. 23
 gegen bare Zahlung im
 Vollstreckungsweg öffent-
 lich veräußern:
 29 gr. u. 24 fl. Familien-
 Apparate, 1 Jagdweser,
 1 Chiffeltonne, 1 Gram-
 phon 40 Paar Rindled.
 Arbeitsstühle für Männer,
 34 Paar Rindled. Frauen-
 schuhe, 40 Santoffeln, 40
 Paar mitleberne Damen-
 stiefel.
 Karlsruhe, 22. Jan. 1925
 Noe,
 Gerichtsvollzieher.

Der Einwohnersecht
Durlach
 empfiehlt sich in
**Malen- und
 Längerarbeiten**
 Friedr. Fröh
 Malermeister
 Durlach, Jägerstr. 1
 Dagegen ist noch ein
 Handwägelchen
 4 Str. Tragkraft, für
 20 Mk. zu verkaufen.

Pfannkuch
 Eingetroffen:
 Frische
 Bollfett-
 Süß-
Büchlänge
 70 Pf.
 5 Pf. Rindchen
 3
 Frische
 Kieler
Sprossen
 1 Pfund-Rindchen
 70 Pf.
Pfannkuch

**Badisches
 Landestheater**
 Freitag, den 23. Januar, 7-1/2 Uhr. Volksb. 5 (4.50). In neuer
 Inszenierung
Faust I. Teil.

**Badisches
 Landestheater**
 SPIELPLAN FÜR 24. JAN.—3. FEBRUAR 1925

IM LANDESTHEATER
 SA. WST. In der Neuestud. 7-1/2 Uhr
König Richard der Dritte
 *F 13, Th. Gem. III. Sond.-Gr. (4.50).
 Neuestud. 6 1/2 bis geg. 1/2 10 Uhr
Der Barbier von Bagdad
 Oper von Cornelius
 Hierauf zum erstenmal:
Pierrots Sommernacht
 Ballett-Pantomime in einem Akt. Dichtung und Musik
 von Hermann Noetzel
 *G 14 Th. Gem. 6001-6100 und I. Sonder-Gr. (7.-).
 MONT. **Faust I. Teil** 7-g. 7 1/2 11 Uhr
 Volksbühne 5 (4.50).
 DIENST. **Das Glöckchen des Eremiten** 7-1/2 10 Uhr
 *A 15, Th. Gem. 6101-6200, 6401-6500 (6.-).
 MITTW. **Liebfrauenmilch** 7-g. 1/2 10 Uhr
 *D 14, Th. Gem. 6001-3400 (4.50).
 DONN. In der Neuestudierung 7-g. 10 Uhr
Der Barbier von Bagdad
 Hierauf: **Pierrots Sommernacht**
 *F 14, Th. Gem. 7301-7900 (6.-).
 FREIT. **König Richard der Dritte** 7-1/2 11 Uhr
 *E 15 Th. Gem. 6701-6800, 6901-7000, 7101-7200 (4.50)
 Zum erstenmal 7 1/2-10 Uhr
Der Liebestrank
 Grotoske in 3 Aufzügen von Frank Wedekind
 *Außer Abonn. Th. Gem. II. Sond.-Gr. (4.50)
 SAMST. **Margarete** 6-n. 9 1/2 Uhr
 *Außer Abonn. Th. Gem. III. Sond.-Gr. (7.-)
 SONNT. **V. Sinfonie-Konzert** 7 1/2-9 1/2 Uhr
 des Bad. Landestheater-Orchesters.
 Leitung: Staatskapellmeister Alfr. Lorenz. Solisten: Prof.
 Gustav Havemann-Berlin (Violine), Max Trapp-Berlin.
 Werke von Rosenstock, Trapp und Lortz.
 Th. Gem. 801-1000, 1701-2000, 2001-2300 (4.50)
 DIENST. **Der Liebestrank** 7 1/2-10 Uhr
 *B 16, Th. Gem. 1301-1700 (4.50).

IM KONZERTHAUS
 SONNT. (25.) Neuestudiert. 7-1/2 10 Uhr
Das Glas Wasser
 Lustspiel nach Scribe neue Bearbeitung von Stockhausen.
 *Sperrsatz 1 Mk. 3.90.
 SONNT. (1. II.) In der Neuestudierung. 7-1/2 10 Uhr
Das Glas Wasser
 *Sperrsatz 1 Mk. 3.80.
 Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht
 der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag,
 den 24., nachm. 1/4-5 Uhr. allgemeiner Vorverkauf u. weiterer
 Umtausch von Montag, 26. an Auslösung der Karten für die
 Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der
 Aufführung in der Geschäftsstelle 19-1 4-6 Uhr. 319

Druckmaschinen aller Art
 Buchdruck, Vollstreifen
Volkschor Karlsruhe-West.
 Zweck Bildung einer 847
Frauen- u. Mädchenchor-Abteilung
 findet am Montag, 26. Januar 1925, abends
 8 Uhr, im Lokal „Drei Linden“ eine
Gründungsverammlung
 statt. — Wir eruchen die Frauen und Töchter
 unserer Mitglieder sowie interessierte Kreise um
 ihr Erscheinen.
 Anschließend: Kaffee-Abend.

„Zum Klosterbräu“
 (früher Ankerhahn) Schützenstraße 58.
 Heute Freitag
Großes Schlachtfest.
 Gleichzeitig empfehle ich den titl. Vereinen,
 Gesellschaften und Tanzvereinen meinen Saal,
 sowie Nebenzimmer zur Abhaltung von kleinen
 Festlichkeiten, Versammlungen und Tanzstunden.
 Hochachtung
 Karl Diebold.

Meiner geschätzten Kundschaft zur Kenntnis-
 name, dass ich mit dem heutigen Tage eine
eigene Maschinenstrickerei
 im Hause
 eröffnet habe.
 Schnelle Bedienung, Fachmännische Ausführung zugesichert
 ich bitte um geneigten Zuspruch.
 Sämtliche hierhabende Kommissionen
 sind innerhalb 8 Tagen fertiggestellt.
 Telefon 740 **Strumpf-Vieser** Kaiserstr. 153

Eier-Abschlag!!!
 Officiere von frisch eingetroffener Sendung:
 Feine Eier Stück 11 Pf. — 10 Stück 1.08
 Extra Große Stück 14 Pf. — 10 Stück 1.88
 auf dem Transport beschädigte Eier Stück 7 Pf. — 10 Stück 0.5 Pf.
 Allerfeinste holländische Zährtrahm-Zafel-Butter 1/4 Pfund 60 Pf.
 Condensierte, gezuckerte und ungezuckerte Milch Dose 45 Pf.
 Diverse Sorten Käse, Obst- und Gemüse-Konerven etc. billigt zu haben
 im
Karlsruher Eier- und Fett- G. Manhardt
 Spezial-Haus
 Kaiserstraße 44 Telefon 2182 Durlacher Allee 32.
 für Wiederverkäufer Sonderpreise!

Einer sagt's dem andern, dass man in der
Badischen Kleiderzentrale
 Zirkel 20 Karlsruhe Telefon 4120
Herren- u. Burschenbekleidung
 am best. u. billigst. kauft. Streng reell, fachm. Bedienung.

Bettuchbiber 2⁵⁰
 schwere Qualität, per Mtr. Mk. 3.-
Manchester 3²⁰
 per Meter Mk. 4.-, 3.80
 Große Auswahl in
best. Herrenkleiderstoffen
 und
Herrenkleiderstoffresten
Arthur Baer
 Kaiserstraße 133
 Eingang Kreuzstr., gegenüber der kleinen Kirche
Verkaufsort nur eine Treppe hoch.
 Auf zu den lustigen
 Maschinenbaure!!!
Arbeiter-Gesang-Verein
Maschinenbauverein „Sänger-
tranz“/K.-Mühlburg
 Am Samstag, den 24. Januar 1925
 im großen Saale „Ju den 3 Linden“
 Mühlburg
Großer Maskenball
 verbunden mit Schloßbeleuchtung,
 Befähigung des Bremer Hafens
 und anderen Lebenswunderlichkeiten.
 Eintrittspreis für Mitglieder 50 Pf.
 Nichtmitglieder 1.50 Mk. Die Karten
 für Mitglieder werden nur gegen
 Vorzeigen d. Mitgliedsbuches
 abgegeben; bei Herrn Karl Jäger,
 Glämerstr. 7, im Lokal zum H. Hof,
 Mühlburg, in der Eingangs-
 halle am Freitag, den 23. Januar
 und an der Abendkasse.
 Saalöffnung 7 Uhr.
 Beginn 8 Uhr. Ende 3 Uhr.

Deffentl. Versteigerung
 Samstag, den 24. Januar, nachmittags
 2 1/2 Uhr, verleierte ich Kronenstraße 20 (Reber-
 raum) gemäß § 373 d. C. P. O. gegen bar:
ca. 80000 Zigaretten
 (in 100 Packungen)
 Th. Heide, beidigt. öffentlicher Versteigerer,
 Goethestraße 18, Telefon 2725

Werderplatz 31
 3. Stock, Vorderhaus, ist
 ein möbliertes Zimmer
 auf 1. Febr. zu vermieten.

Pfannkuch
 Prima
**Silber-
 Sauerkraut**
 12 Pf.
 Feines
 Norddeutsches
 und bayrisches
**Rauch-
 Fleisch**
 2.- Pf.
**Auslands-
 Speck**
 1.30 Pf.
Pfannkuch